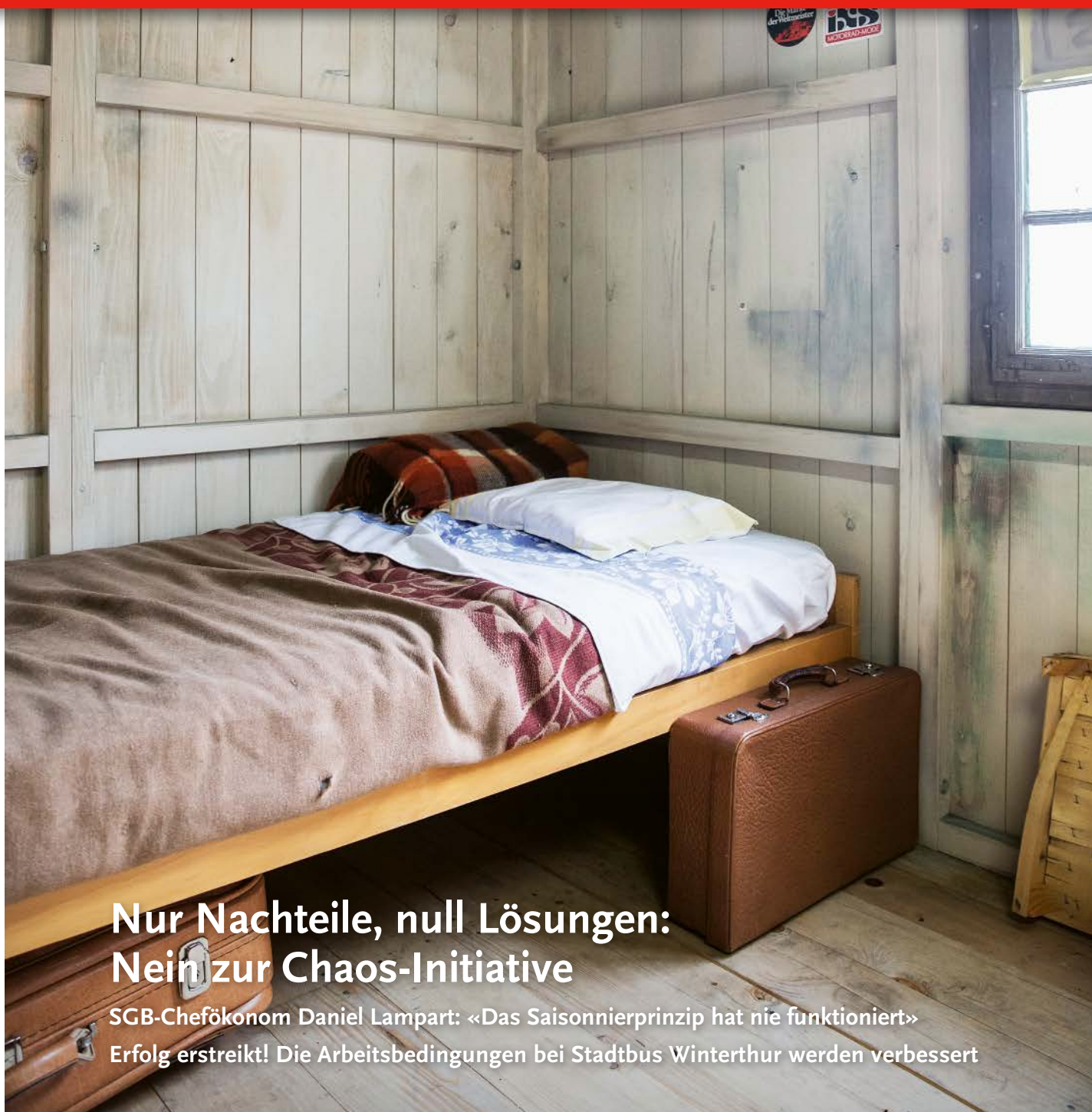


Mai 2026
Das VPOD-Magazin erscheint 8-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD



Nur Nachteile, null Lösungen: Nein zur Chaos-Initiative

SGB-Chefökonom Daniel Lampart: «Das Saisonierprinzip hat nie funktioniert»
Erfolg erstreikt! Die Arbeitsbedingungen bei Stadtbus Winterthur werden verbessert

**NEIN ZUR
ABSCHOTTUNG**



1. MAL

**JOBS & LÖHNE
VERTEIDIGEN!**

Themen des Monats

- 5 Erfolg erstreikt!**
Der Streik bei Stadtbus Winterthur bringt Resultate:
Die Dienstplanung wird neu gestaltet
- 6 Hallo? BVG ist Sozialversicherung!**
Evaluationsbericht belegt Abzockerei
der Pensionskassen auf Kosten der Versicherten
- 7 Tschüss Mythos!**
Berufsbildung unter Druck:
Jetzt braucht es konkrete Verbesserungen
- 8–9 Die Schule als Politikum**
Die Verbandskonferenz Bildung Erziehung Wissenschaft
im Kampf um mehr Demokratie
- 11–19 Dossier: Nein zur Chaos-Initiative!**
Nein zur SVP-Chaos-Initiative!
«Ein gefährliches Spiel mit Befindlichkeiten»:
Interview mit SGB-Chefökonom Daniel Lampart
«Überfremdungsabwehr» – eine Bilderstrecke
- 20 Kann der Kühlturm weg?**
Abschied vom Atomkraftwerk – ein neues Buch überlegt
schon den Denkmalschutz

Rubriken

- 4 Gewerkschaftsnachrichten**
- 10 Aus den Regionen und Sektionen**
- 21 Antonia W. Fleischmann:** Wie sehr ich das alles vermisse
- 22 Wirtschaftslektion:** Überalterung wegen SVP
- 23 Wettbewerb:** Unerwünschte Effekte
- 24 VPOD aktuell**
- 25 Hier half der VPOD:** Leichtes Verschulden,
mittlere Verfehlung
- 26 Solidar Suisse:** Mit WhatsApp zur Würde
- 27 Menschen im VPOD:** Cyrielle Huguenot, Gleichstellungs-
und Migrationssekretärin SGB, Neyruz (Kanton Freiburg)

Redaktion/Administration:

Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Nr. 3, Mai 2026
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 8-mal pro Jahr



Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Zeitinseln (oder: Mitreden statt täubelen)

Zwar stehen in der Schweizer Geschichte die katholischen Kantone fürs Bewahren; der Fortschritt fand eher in den reformierten Gegenden statt. Bei der von Papst Gregor XIII. angestossenen Reform aber war es umgekehrt. Die katholischen Orte übernahmen den neuen Kalender zeitnah – auf den 11. Januar 1584 folgte dort direkt der 22. Januar 1584. Die reformierten Stände machten (wegen dem Absender «Rom») dabei nicht mit. Mit der Folge, dass die Eidgenossenschaft über Jahrhunderte hinweg zehn Tage auseinanderlag. Erst 1701 stellten Zürich, Basel und Bern auf die neue Zeitrechnung um – und waren damit noch lange nicht die Letzten. Glarus etwa blieb bis 1798 geteilt. Und noch länger hielt sich das Chaos in Graubünden: Schiers und Grüşch im Prättigau gaben ihren Widerstand gegen den gregorianischen Kalender erst 1812 auf.

Wie unpraktisch, so ein Flickenteppich, wenn man zum Beispiel zur Tagsatzung lud! Ein ähnlicher Zustand herrschte im Sommer 1980, als die Schweiz in Europa zur Zeitinsel wurde. Nicht um zehn Tage, nur um eine – im Alltag aber ebenso lästige – Stunde hinkte sie dem Rest hinterher. Dazu kam's, weil 1978 ein Referendum gegen die Sommerzeit erfolgreich gewesen war. Einem Ja der Grenzkantone stand ein stärkeres Nein der Binnenkantone gegenüber. In Glarus waren 70 Prozent gegen die neue Zeitrechnung.

Dumm nur: 1980 führte nach Frankreich und Italien auch Deutschland die sommerliche Zeitumstellung ein. So dass all das eintrat, was im Abstimmungsbüchlein vorhergesagt war. Internationale Fahrpläne: kaum lesbar. Tourismus: geschwächt. Kleiner Grenzverkehr: umständlich. Und der TV-Abend bei ARD und ZDF beginnt viel zu früh. Es gab aber nur einen einzigen solchen Sommer. Schon 1981 war die Schweiz bei der Sommerzeit dabei. Bundesrat und Parlament hatten die Anpassung rasch beschlossen, und zwei Versuche, die Uhr zurückzudrehen, scheiterten in der Folge bereits im Sammelstadium.

Man kann das autonomen Nachvollzug nennen. Oder höhere Gewalt. Jedenfalls zeigte sich: Übergreifendes sollte besser übergreifend koordiniert werden. Und: Klüger ist's, dort mitzureden, wo Entscheide fallen, als in Gebirgstälern zu täubelen.

Übrigens hat ausgerechnet im Gebirgstal Glarus die radikalste Gemeindereform ever stattgefunden: 2006 wurden dort aus 25 Kommunen, unter gleichzeitiger Aufhebung der vorher separaten Schul-, Fürsorge- und Bürgergemeinden, deren drei. Und welch hübsche Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet die direktstmögliche Demokratie (alias Landsgemeinde) diesen Beschluss gefasst hat.



Zu stark: Der Franken im Vergleich zum Euro.

Zu selten: Toilette im Alltag von ÖV-Beschäftigten.



So ist's gut: Mischfinanzierung für AHV

Diese Entscheidung zeuge von «staats- und sozialpolitischer Verantwortung», lobt der SGB: Der Ständerat will die 13. AHV-Rente mit einer Mischung aus Lohnbeiträgen und der Mehrwertsteuer dauerhaft finanzieren. Für ein solches Modell – unbefristete Mischfinanzierung – werde man sich im Nationalrat starkmachen. Denn: «Je schneller die 13. AHV-Rente finanziert wird, desto kleiner fällt der Zusatzaufwand aus.» Für die Arbeitnehmenden stehe den kaum spürbaren höheren Lohnbeiträgen die höchste Rentenerhöhung in der AHV seit über einem Vierteljahrhundert gegenüber. Und auch für die Arbeitgeber seien höhere Lohnbeiträge problemlos tragbar, so der SGB. | [sgb/vpod](#)

Angriff auf kantonale Mindestlöhne

Der Nationalrat hatte schon im letzten Sommer entschieden, dass kantonale Mindestlöhne nicht mehr für GAV-Beschäftigte gelten sollen. Der Ständerat war zuletzt für eine angepasste Variante mit Besitzstandswahrung. Jetzt unterstützt die zuständige Nationalratskommission ebenfalls die Ständeratsvariante. GAV-Beschäftigte, die heute bereits einen kantonalen Mindestlohn erhalten, sollen künftig nicht profitieren, wenn dieser Mindestlohn erhöht wird. Wo heute noch kein Mindestlohn besteht, sollen GAV-Beschäftigte nie einen erhalten. Der SGB sieht darin einen «Frontalangriff auf Geringverdienende» und eine Verletzung der Verfassung. | [sgb/vpod](#)

Hände weg vom Sonntag!

Viele Verkäuferinnen und Verkäufer arbeiten heute schon, wenn die anderen frei haben – am Abend und am Wochenende und oft zu Löhnen, die kaum zum Leben reichen. Nun will der Bundesrat, wie von Zürich mittels Standesinitiative gefordert, schweizweit zwölf verkaufsoffene Sonntage im Detailhandel zulassen. Der SGB betont, dass auch im Verkauf ein Recht auf Freizeit und Erholung besteht. Die gesamte Gesellschaft ist auf Taktung angewiesen, sonst kann kein Familientreffen und keine Klassenzusammenkunft mehr stattfinden. Der Ständerat muss daher die Verdreifachung der Sonntagsarbeit ablehnen. | [slt/sgb](#)

SNB: Der Franken muss uns nützen

Der SGB kritisiert die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank (SNB) als «ungenügend». So hoch wie heute lag der Aussenwert des Frankens in den letzten 50 Jahren nur einmal, nämlich als 2010 der Frankenkurs völlig ausser Kontrolle war. Der Irankrieg erhöht jetzt neuerlich den Aufwertungsdruck. Der SGB erwartet von der SNB eine stärkere Intervention; er findet die bisherige Politik zu lasch und zu zaghaft. Es brauche klare Ansagen, notfalls Negativzinsen. Dabei verweist der SGB auf die angespannte Situation in Teilen der Industrie: Firmenschliessungen und Massenentlassungen nehmen zu. | [slt](#) (Foto: Daniele Mezzadri/iStock)

Belastendes «Entlastungspaket»

Das «Entlastungspaket 27» ist «durch»; das Parlament hat zugestimmt, und die aussichtsreiche Referendumskoalition ist nach der brüskten Absage der Grünen geplatzt. 1,4 bis 2 Milliarden Franken werden also in den Jahren 2027 bis 2029 auf Bundesebene gespart – mit gravierenden Folgen: Die Umwelt wird ebenso leiden wie die Qualität öffentlicher Leistungen. Immerhin hat der Druck von links dazu geführt, dass bei Bildung, Forschung und Innovation nur halb so viel gekürzt wird wie ursprünglich geplant. | [vpod](#)

Buspersonal: Das Recht auf eine Toilette

Das beim SEV organisierte Buspersonal fordert besseren Gesundheitsschutz, besonders bei den privaten Transportunternehmen. Der SEV-Unterverband VPT hat eine Resolution mit konkreten Forderungen verabschiedet. Verlangt werden mehr Toiletten und Pausenräume zumal an den Knotenpunkten, aber auch bessere Bedingungen auf den Strassen, also etwa eine deutlichere Priorisierung des öffentlichen Verkehrs gegenüber dem privaten (etwa durch mehr Busspuren). | [sev/slt](#) (Foto: kadosafia/iStock)

Der Streik bei Stadtbus Winterthur bringt Resultate: Die Dienstplanung wird neu gestaltet

Erfolg erstreikt!

Einen Monat nach dem Warnstreik bei Stadtbus Winterthur liegt ein Verhandlungsergebnis vor, das sich sehen lassen kann. Es ist auch ein Ergebnis von Zusammenhalt, gewerkschaftlicher Organisation und Solidarität über alle echten und vermeintlichen Grenzen hinweg. | Text und Foto: VPOD

Die Delegationen der Geschäftsleitung von Stadtbus einerseits, der Busfahrerinnen und Busfahrer sowie des VPOD andererseits haben sich vor Ostern zu einer weiteren Verhandlungsrunde getroffen – der entscheidenden, wie sich zeigen sollte. Die Personalversammlung hat im Anschluss daran entschieden, auf das Ergebnis einzutreten. Die Verbesserungen bei den Dienstplänen, den Ersatzdiensten, der Mehrstundenauszahlung sowie den Nachtzulagen müssen zwar noch konkret ausformuliert werden, aber die Zusage im Grundsatz markiert einen grossen Schritt. Nun gilt es, die Umsetzung aufmerksam im Auge zu behalten.

Einen Gang höher geschaltet

Man erinnert sich: Mindestens seit 2022 haben die Fahrerinnen und Fahrer von Stadtbus versucht, ihre im Vergleich mit anderen Städten schlechten Arbeitsbedingungen zu verbessern. Sie blieben ungehört. Eine Petition, die von der überwältigenden Mehrheit des Fahrpersonals unterschrieben war, landete irgendwo zwischen langer Bank und Schublade. Daher mussten die Kolleginnen und Kollegen einen Gang höher schalten – es kam zum Warnstreik. Am Morgen des 3. März verblieb der grösste Teil der Busse im Depot. Der Geschäftsleitung gelang es zwar, ungefähr 20 Busse ausserhalb des Depots zu halten, mit denen – mit der Hilfe von Streikbrecherinnen und Streikbrechern – ab 4.30 Uhr ein minimaler Morgenverkehr gefahren werden konnte. Aber mehrere Linien waren zur Gänze tot, auf anderen gab es enorme Taktlücken.

Inhaltlich ging es – abgesehen vom Nachtzuschlag, den man, wie die anderen städtischen Mitarbeitenden Winterthurs, ab 20 Uhr und nicht erst ab 22 Uhr erhalten

möchte – vor allem um Fragen der Dienstplangestaltung. Für dauerhafte Empörung sorgte insbesondere die Handhabung der sogenannten E-Dienste, die man sich bis 17 Uhr am Vortag freizuhalten hatte. Falls dann die Nachricht kam, der Einsatz sei doch nicht erforderlich, ergab das keinerlei Gutschrift und verschob einen regelmässigen Stundenminus. Eine derartige Praxis stellt offenkundig eine Abwälzung des Arbeitgeberrisikos auf die Beschäftigten dar. Nicht entschädigte Ersatzdienste sollen aber jetzt endgültig der Vergangenheit angehören.

Vorbildlicher Zusammenhalt

Unterm Strich zeigt das Vorgehen des Winterthurer Buspersonals fast lehrbuchmässig, was ein Streik ist und wie er an-

gewendet wird. Erst zu einem Zeitpunkt, als alle anderen Mittel und Wege, vom Gespräch über die Petition bis zum Gang an die Ombudsstelle, ausgereizt und ausgeschritten waren, wurde er beschlossen. Er wurde breit befolgt, aber mit Umsicht und Augenmass gestaltet. Er setzte den entscheidenden Nadelstich und schuf die notwendige Drohkulisse, um endlich die Zuständigen auf Augenhöhe an den Verhandlungstisch zu bringen. Vorbildlich auch, dass diese multikulturelle Truppe – die wenigsten der Winterthurer Stadtbus-Fahrerinnen und -Fahrer sind gebürtige Schweizer – so geeint auftrat, über alle echten und vermeintlichen Gräben hinweg. Und dass auch beim VPOD, der den Streik geführt hat, Solidarität über die Regionen hinweg gespielt hat.

Der entschlossene Streik bei Stadtbus Winterthur hat Bewegung in verfahrenere Dossiers gebracht.



Evaluationsbericht belegt Abzockerei von Pensionskassenholdings auf Kosten der Versicherten

Hallo? BVG ist Sozialversicherung!

Der Wettbewerb in der zweiten Säule ist nicht im Interesse der Versicherten. Das belegen Evaluationsberichte zur Strukturreform der beruflichen Vorsorge. Gewinnorientierte Holdings bereichern sich. Die Parität wird ausgehöhlt. Und die Aufsicht? Schaut zu. | Text: Jonas Eggimann, SGB (Foto: Altaybi/istockphoto)

Der betriebliche Charakter der beruflichen Vorsorge erodiert. Die Mehrheit der Versicherten in der zweiten Säule ist heute in branchenneutralen Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen im «Wettbewerb» versichert. Dabei hat Wettbewerb in einer obligatorischen Sozialversicherung nichts verloren. Dass dieser Wettbewerb nicht im Interesse der Versicherten ist, zeigen die sinkenden Renten bei gleichzeitig steigenden Beiträgen und Vermögensverwaltungskosten. Zudem belegen die jüngst

veröffentlichten Evaluationsberichte zur BVG-Strukturreform 2010 erstmals, was der SGB seit Langem anprangert: Gewinnorientierte Servicegesellschaften missbrauchen die BVG-Strukturen, um sich mit überhöhten Gebühren zulasten der Versicherten zu bereichern. Dabei werden insbesondere die Vorschriften zur Offenlegung und zur Vermeidung von Interessenkonflikten nicht eingehalten.

Parität wird ausgehöhlt

Möglichst günstige Geldleistungen sind laut Gesetz der ausschliessliche und zwingende Zweck von Pensionskassen. Die Evaluation zum «Projekt Governance» zeigt, dass der Wettbewerb diesen Zweck nicht erfüllt und für Versicherte nur Probleme schafft: Verwässerung des Deckungsgrades, Wachstumsanreize für höhere Gebühren, hohe Brokerentschädigungen und übermässige Marketingkosten. Es zeigt sich auch, dass Versicherte weder von Skaleneffekten noch von tieferen Risikoprämien (infolge weniger Rückdeckungen) profitieren. Die Parität wird in der Praxis

ausgehöhlt, indem man Alibi-Arbeitnehmende in die Stiftungsräte holt, die bei den Beschäftigten keine Basis haben. Die Aufsicht schaut dieser Abzockerei auf Kosten der Versicherten tatenlos zu – obwohl sie gesetzlich verpflichtet wäre, die zweckmässige Verwendung des Vorsorgevermögens zu kontrollieren.

Für den SGB ist zentral, dass die zweite Säule endlich wieder als Sozialversicherung verstanden wird. Das bedingt erstens die Stärkung der paritätischen Führung der Pensionskassen – auch bei allen Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen. Dazu gehört auch, die gesetzlich vorgesehenen Mitwirkungsrechte beim Pensionskassenwechsel einzuhalten und zu stärken. Zweitens muss die Aufsicht endlich das Preis-Leistungs-Verhältnis für die Versicherten prüfen. Der gesetzliche Auftrag, die zweckmässige Vermögensverwaltung zu kontrollieren, verlangt genau das. Drittens müssen Broker nach Aufwand und vom Arbeitgeber (als Dienstleistungsempfänger) bezahlt werden. Und viertens braucht es mehr Transparenz in allen Bereichen – im Interesse der Versicherten.



Transparenz ist in der zweiten Säule unabdingbar.

Sammelstiftung Tellco: Endlich durchgegriffen!

Der Fall der unter Zwangsverwaltung gestellten Sammelstiftung Tellco ist leider nicht singulär. Schon seit Jahren – siehe oben – weisen die Gewerkschaften auf Missstände in der zweiten Säule hin. Dazu gehört die immer grössere Macht von Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen. Heute sind drei von vier Beschäftigten bei einer solchen Einrichtung versichert, vor gut zehn Jahren war es erst jede und jeder Zweite. Die Tellco gehört zu den grössten Anbietern in dieser Sparte – neben den Stiftungen

der grossen kommerziellen Versicherungen wie Swisslife, Axa oder Vita (Zürich).

In solchen Einrichtungen wird nicht mehr gelebt, was einst die zweite Säule als Sozialversicherung charakterisierte. Die Interessen vermischen sich, und eine saubere Parität besteht nur noch auf dem Papier. Bei der Tellco war etwa der Präsident, Peter Hofmann, angeblich Arbeitnehmervertreter. Gemäss seinem öffentlichen Profil ist er aber hauptberuflich Stiftungsrat und daneben selbständig erwerbend.

Ein konkreter Bezug zu den versicherten Arbeitnehmenden ist auch im Geschäftsbericht nicht ersichtlich.

Bisher hört man – ausser im Fall Tellco – von der Aufsicht in solchen Fällen nichts. Auch dass die Verwaltungskosten in Sammeleinrichtungen signifikant höher sind als in betrieblichen Kassen und dass bei Rückversicherungen Leistungen eingekauft werden, die nicht im Interesse der Versicherten liegen, blieb bisher fast durchwegs folgenlos. | sgb/vpod

Berufsbildung unter Druck: Jetzt braucht es konkrete Verbesserungen

Tschüss Mythos!

Der Bildungsbericht Schweiz 2026 zeigt laut SGB, dass die berufliche Grundbildung ein zentrales Fundament der Wirtschaft bleibt. Aber die Schwächen werden immer deutlicher. Statt einen unrealistischen Mythos zu preisen, müssen jetzt strukturelle Verbesserungen in Angriff genommen werden. | Text: SGB (Foto: sturti/iStockphoto)

Der Bildungsbericht 2026 zeigt, dass wirtschaftliche Krisen zu einem direkten Rückgang des Lehrstellenangebots führen. Betriebe reduzieren oder beenden dann ihre Ausbildungstätigkeit. Gleichzeitig dürfte sich der Lehrstellenmarkt in den kommenden Jahren aufgrund steigender Schulabgängerzahlen weiter anspannen. Es droht eine neue Lehrstellenknappheit. Bis 2033 wird ein Wachstum bei der Zahl der Lernenden um 16 Prozent erwartet, während gleichzeitig viele Fachkräfte in Pension gehen. Das System steht damit unter doppeltem Druck. Mehr Ausbildungsbedarf trifft auf eine unsichere Ausbildungsbereitschaft der Betriebe.

Strukturelle Defizite

Ein Viertel der Lernenden löst den Lehrvertrag vorzeitig auf. Nur 8 Prozent steigen wieder ein, 20 Prozent fallen nach einer Lehrvertragsauflösung ganz aus dem System. Das ist kein Randphänomen! Der Bericht benennt klar, dass geringe Erfolgsquoten mit ungenügender Ausbildungsqualität zusammenhängen. Damit wird die Verantwortung der Lehrbetriebe sichtbar, die seitens Lehraufsicht der Kantone bisher zu wenig eingefordert wird. – Auch nach Lehrabschluss gibt es Probleme: Zwar sinkt das Risiko, arbeitslos zu werden, deutlich, aber das Einkommensplus gegenüber Ungelernten ist mit 10 Prozent zu klein. Ein Drittel der Beschäftigten mit Lehre arbeitet für weniger als 5000 Franken – aus gewerkschaftlicher Sicht klar ungenügend.

Wer gewinnt? Die Wirtschaft! Sie verdient immer mehr an der Ausbildung von Lernenden. Berufslernende erwirtschafteten einen Nettonutzen von jährlich etwa 800 Millionen Franken. Pro Lehrjahr und



Die Berufslehre muss wieder den Wert bekommen, den sie verdient.

Lehrverhältnis erarbeiteten sie durchschnittlich 4500 Franken. Dieser Befund zeigt: Mehr Ferien wären für die Betriebe finanzierbar. Sie würden für bessere Erholung sorgen und gleichzeitig den Abstand zum gymnasialen Weg verringern, wo Gleichaltrige 13 Wochen Ferien haben.

Chancengleichheit nicht realisiert

Ein Problem ist zudem, dass weiterhin die sozioökonomische Herkunft für den Bildungsweg und die Berufswahl ausschlaggebend ist. Chancengleichheit? Fehlanzeige! Jugendliche mit Migrationshintergrund

haben grössere Schwierigkeiten, eine Lehrstelle zu finden; sie müssen deutlich mehr Bewerbungen einreichen als Schweizer Jugendliche. Auch die Durchlässigkeit bleibt begrenzt, denn eine tertiäre Ausbildung machen nur wenige. Lediglich rund 20 Prozent treten innerhalb von 8 Jahren nach dem Abschluss in eine höhere Berufsbildung ein, nur 15 Prozent beginnen ein Fachhochschulstudium.

Geben wir der Berufslehre ihren Wert, den sie verdient! Der SGB fordert konkrete Verbesserungen, nämlich mehr Ferien und besseren Gesundheitsschutz sowie Mindeststandards für die Lehrqualität, was mit mehr Kontrolle und einem stärkeren Indieflicht-Nehmen der Betriebe einhergeht – auch zugunsten einer genügenden Anzahl von Lehrstellen. Der Berufsabschluss für Erwachsene muss deutlich gefördert werden. Und allgemein braucht es eine Aufwertung insofern, als dass man mit abgeschlossener Berufslehre mindestens 5000 Franken Monatslohn hat.

Weniger Praktika vor FaBe-Lehre

Savoir Social und der VPOD kämpfen schon seit Jahren gegen Einstiegshürden vor der beruflichen Grundbildung. Namentlich bei der FaBe-Lehre waren und sind vorgeschaltete Praktika ein Problem. Immerhin ein abnehmendes, wie das jüngste Monitoring von Savoir Social zeigt: Erstmals sind jene, die direkt in die berufliche Grundbildung eingestiegen sind, in der Mehrzahl gegenüber jenen, die vorgängig ein Praktikum absolviert haben. Trotzdem: Das Ziel des Abbaus der Einstiegshürde in die berufliche

Grundbildung Fachmann/Fachfrau Betreuung ist noch nicht erreicht. Savoir Social betont: Die berufliche Grundbildung ist als direkter Anschluss an die Schule konzipiert. Umwege verzögern die Laufbahn. Zudem sind jugendliche Praktikantinnen rechtlich nicht gleich gut geschützt wie Lernende, sie werden nicht genügend begleitet und finden sich in überfordernden Situationen wieder. Die tiefen Praktikumlöhne erschweren auch den Quereinstieg erwachsener Berufsinteressierter. | slt

Die Verbandskonferenz Bildung Erziehung Wissenschaft im Kampf um bessere Bildung und mehr Demokratie

Die Schule – ein Politikum

In einem Kontext, in dem illiberale Tendenzen zunehmen, fragte die Verbandskonferenz Bildung Erziehung Wissenschaft in Freiburg nach der Rolle von Bildung für die Demokratie. Was können Gewerkschaften beitragen? Und wie «politisch» darf die Schule sein? | Text: Fabio Höhener und Johannes Gruber (Fotos: Cal Pedrolí)



Wollen sich nicht auf Nebenschauplätzen abspesen lassen: Teilnehmende der VPOD-Bildungskonferenz.

Unter dem Motto «Vorwärts trotz Gegenwind!» führten Kolleginnen und Kollegen an der Verbandskonferenz in Freiburg vor, wie gewerkschaftlicher Einsatz im Bildungs- und Wissenschaftsbereich Wirkung entfalten kann. So wurde etwa gezeigt, wie die Lehrpersonen der ersten beiden Schuljahre im Kanton Waadt gegen die Geringschätzung seitens der Behörden gekämpft haben – und für die Mittel zur Erfüllung

ihres Auftrags. Die Basler Gruppe VPOD Mittelbau stellte vor, wie sie gegen Prekarität und Sparmassnahmen an der Universität mobilisiert hat. Die Volksschulgruppe VPOD Zürich berichtete von ihrer Bildungsdemo mit 3000 Teilnehmenden und der 7000-fach unterschriebenen Petition «Entlasten statt belasten». Und Kolleginnen aus der Waadt schilderten, wie der Bildungsbereich zum Herzstück des Widerstands gegen die Sparmassnahmen des Staatsrats wurde.

Leistung statt Emanzipation?

Das Titelreferat griff das Konferenzthema unmittelbar auf: Fitzgerald Crain, Dozent für Pädagogik, fragte pointiert «Fördert unser Schulsystem demokratiefeindliche Tendenzen?». Eine öffentliche Schule, so Crain, die sich immer mehr auf Leistungsmessung und Wettbewerb beschränkt,

unterhöhlt unsere soziale Demokratie durch Konkurrenzorientierung und Vereinzelung. Eine solche Schule schwächt die Empathiefähigkeit und die Wertschätzung des Gemeinwohls. Sie führt dazu, dass Erfolg gegenüber der Konkurrenz bei den Heranwachsenden Neugierde, Freude und eigenständiges Denken als Bildungsprinzipien verdrängt. Diese Verengung helfe mit, den Boden für die weitere Verbreitung von Rechtsextremismus zu bereiten. Am zweiten Konferenztage vertieften die Delegierten die Themen in Workshops. Im Atelier «Gesundheit am

Arbeitsplatz stärken» stand im Mittelpunkt, wie strukturelle Arbeitsbedingungen die Gesundheit beeinflussen und wie gewerkschaftliche Mitwirkung auf betrieblicher und politischer Ebene wirksam werden kann. Das Atelier zum feministischen Care-Streik 2027 diskutierte, welche Bedeutung ein Care-Streik speziell für Bildungsarbeit haben kann und welche Formen kollektiver Aktion dabei denkbar sind. Im dritten Work-



shop wurden kritische Reflexionen zur künstlichen Intelligenz im Bildungsbereich erarbeitet, und der vierte widmete sich dem gewerkschaftlichen Kampf für besseren Schutz vor Hitze in den Schulen – ein Thema, das angesichts des Klimawandels zunehmend an Dringlichkeit gewinnt.

Festhalten an der Inklusion

Die VPOD-Region Zürich forderte erfolgreich ein nationales Positionspapier zur integrativen Schule. Der einstimmig angenommene Antrag stellt fest, dass inklusive Bildung ein zentraler Pfeiler eines gerechten, demokratischen und solidarischen Bildungssystems bleibt. Sie stehe für Chancengleichheit, Teilhabe und das Recht aller auf eine möglichst chancengerechte Bildung. Herkunft, Leistungsfähigkeit oder Unterstützungsbedarf sollen keine Rolle spielen.



In einer Zeit, wo die inklusive Schule von rechtskonservativer Seite immer heftiger angegriffen wird mit Initiativen und Kampagnen, die auf ihre Schwächung oder Abschaffung zielen, trage der VPOD als Bildungsgewerkschaft eine besondere Verantwortung, so der verabschiedete Text. Jene VPOD-Regionen, in denen



der bildungspolitische Druck von rechts besonders heftig ist, sollen die für den Abwehrkampf nötigen Ressourcen erhalten.

Demokratie braucht Menschen, die für sie eintreten. In der neu gewählten Kommission sind Mitglieder aus unterschiedlichen Sprachregionen und Bildungsstufen; bestätigt wurde die Präsidentin, Sophie Blaser, Zürich.

Ein weiterer Beschluss der Verbandskonferenz: Der VPOD soll sich aktiv und sichtbar am schweizerweiten Care-Streik 2027 beteiligen und Bildung explizit auch als Care-Arbeit benennen und sichtbar machen. Schliesslich verabschiedeten die Delegierten eine Solidaritätsbotschaft an die iranische Lehrerinnen- und Lehrer-gewerkschaft CCITTA, in der sie den Schutz ziviler Infrastruktur, insbesondere von Schulen als sichere Lernorte, fordern. Auch dieser Beschluss war Ausdruck des Konferenzmot-

Wie viel Demokratie darf die Lehrkraft wagen?

Die Podiumsdiskussion «Meinungsfreiheit und Treuepflicht» stellte die Frage nach Demokratie am Arbeitsplatz: Was darf ich als Lehrperson, als Forschende, als Gewerkschafter sagen und tun? Das Podiumsgespräch zeigte, dass das Spannungsfeld zwischen freier Meinungsäusserung und arbeitsrechtlichen Loyalitätspflichten den Alltag unmittelbar berührt und dass gewerkschaftliche Aktion notwendig ist, um die Rechte des Personals zu wahren und zu stärken.

Pauline Milani, Dozentin für Zeitgeschichte an der Universität Freiburg, führte aus, dass die Forschungsfreiheit vor allem unerschwellig eingeschränkt werde. Nicht durch die Hochschule direkt als Arbeitgeberin, sondern durch Institutionen, die über die Forschungsfinanzierung entscheiden. So wird der Schweizerische Nationalfonds immer wieder von rechts kritisiert, er gebe zu viel für feministische oder Gender-Themen

aus. Solch politischer Druck hat Einfluss und führt bei den Forschenden zur Selbstzensur. Sophie Blaser, Kindergartenlehrperson und Kommissionspräsidentin, hob hervor, dass gewerkschaftliche Organisation die Lehrpersonen zu schützen vermag – etwa auch im Konflikt mit der Schulleitung. Auch VPOD-Präsident Christian Dandrès verwies auf gewerkschaftliche Erfahrungen mit Situationen, in denen das Recht auf freie Meinungsäusserung und das Recht auf Streik stark infrage gestellt sind. Gegen den Druck der Arbeitgeber und gegen mangelhaften arbeitsrechtlichen Schutz braucht es Massnahmen – auch gesetzliche.

Schliesslich berichtete Raphaël Ramuz, VPOD-Regionalsekretär Waadt, von Fällen, in denen öffentlich Angestellte von ihrem Arbeitgeber selbst dann sanktioniert wurden, wenn sie sich unter ihrem eigenen Namen öffentlich äusserten. Sich dagegen zur Wehr zu setzen, ist schwer. Doch eine Lehrkraft ist

auch eine Bürgerin. Und das Klassenzimmer keine politikbefreite Zone. Das sieht übrigens auch das Bundesgericht so, das die Waadt-länder Erziehungsdirektion zurückgepfiffen hat. Diese hatte die Abhaltung kontroverser politischer Debatten in Schulen jeweils während zehn Wochen vor einem Wahltermin untersagen wollen. Der VPOD sah darin Misstrauen, Geringschätzung und eine fragwürdige Auffassung von Demokratie – und klagte. Jetzt hat auch das Bundesgericht dem Bildungsdepartement widersprochen und festgestellt, dass die Richtlinie einen unverhältnismässigen Eingriff in die Versammlungs- und Meinungsfreiheit darstellt. (Was das Departement allerdings nicht hinderte, sofort neue, ähnliche Regeln zu erlassen.) Der VPOD bleibt bei seiner Ansicht, dass die Organisation von Debatten im Klassenzimmer in die Zuständigkeit der Lehrkräfte fällt. Die Politik muss auf deren Fachkompetenz vertrauen. | vpod



Starkes Signal: Lohnverbesserungen in Basel-Stadt (hier das Historische Museum in der Barfüsserkirche).

Dringliche Anpassung: Zulagen für die Berufsfeuerwehr Zürich (hier historische Fahrzeuge auf dem Münsterplatz).



auch eine Erhöhung der Zulagen für Schichtarbeit. Davon profitieren alle Bereiche mit Nacht-, Sonntags- und Pikettendiensten, nicht nur Blaulichtorganisationen, sondern etwa auch Pflege- und Betreuungsdienste sowie Museen. Den VPOD freut's, dass hier keine einseitigen Sonderlösungen geschaffen, sondern Gleichbehandlung gewahrt wurde. | *vpod* (Foto: Basmus/Wikimedia CC)

Wohin mit Aargauer Überschüssen?

Für das Jahr 2025 weist der Kanton Aargau einen Überschuss von 345 Millionen Franken aus. Der VPOD fordert, diese gute Drittelmilliarde für die Stabilisierung des Personals im Service public zu nutzen. Wer das Geld am Personal vorbeilenke, setze die Prioritäten falsch, sagt Dariyusch Pour Mohsen, VPOD-Regionalsekretär Aargau/Solothurn. Dabei stellt er klar, dass die Unterschreitung des Personaletats kein «Effizienzgewinn» ist, sondern ein Risiko – durch dauerhaft überlastetes Personal. Die vollständige Überweisung des Überschusses in die Reserven wird daher vom VPOD als Absage an die Entlastung der Beschäftigten gewertet. | *vpod*

Zürich: Feuerwehr vor heissem Sommer?

Sie sorgen rund um die Uhr für Sicherheit; dazu haben die Angestellten der Berufsfeuerwehr auch in der Stadt Zürich eigene Dienstmodelle mit 24-Stunden-Schichten. Nacht- und Sonntagsarbeit und die Unregelmässigkeit der Arbeitszeit werden mit einer Pauschale abgegolten, die seit 1991 nicht mehr erhöht, sondern lediglich an die Teuerung angepasst wurde (derzeit 617 Franken monatlich). Die Arbeit bei der Berufsfeuerwehr hat sich aber seither stark verdichtet. Aus Sicht einer gut besuchten VPOD-Versammlung muss sich das auch auf die Zulagen niederschlagen. Jetzt soll direkt mit dem Stadtrat verhandelt werden. Und die Berufsfeuerwehrleute machen Druck: Bis zu den Sommerferien müssten signifikante Ergebnisse her, «sonst kann es in der Stadt Zürich zu einem heissen Sommer kommen». | *vpod* (Foto: roland zh/Wikimedia CC)

Service public in Basel-Stadt gestärkt

Der VPOD Basel begrüsst, dass das baselstädtische Parlament das Lohnmassnahmenpaket gesamthaft angenommen hat. Die Anhebung der Lohnkurve sowie die Verbesserung bei den Zulagen sind gute Massnahmen gegen den Fachkräftemangel und «ein starkes Signal für Wertschätzung», wie Markus Braune, VPOD-Basel-Co-Präsident, betont. Namentlich die Einstiegsgehälter sind in Basel-Stadt aktuell zu tief. Die Korrektur dieses Rückstands wird helfen, qualifiziertes Personal zu halten und neues zu gewinnen. Vorgesehen ist



Hermann Fehr †

Mit Hermann Fehrs Amtsantritt als Stadtpräsident begann 1976 die zweite Blüte des «roten Biel». Die zweisprachige Stadt blieb auch nach seinem Rücktritt 1990 (mit Hans Stöckli, Fehrs Sohn Erich und Glenda Gonzalez Bassi) in SP-Hand und arm, aber sexy. 1907 war es schweizweit die erste Stadt mit sozialdemokratischem Oberhaupt gewesen. Hermann Fehr verkörperte diese Rolle in einem Zeitalter harten ökonomischen Umbruchs: Die Uhrenindustrie litt unter der fernöstlichen Konkurrenz, was als «Quarzkrise» in die Geschichte eingegangen ist. Fehrs Antworten waren Wirtschaftsförderung, Umstrukturierung, Diversifizierung. Von 1983 bis 1990 war Hermann Fehr zugleich Nationalrat, von 1990 an dann beliebter Berner Regierungsrat, bis ihn 1997 gesundheitliche Probleme zum Rücktritt zwangen. Mit seiner Exekutivfähigkeit in der Gesundheits- und Fürsorgedirektion verwandt waren die Themen seines späteren Wirkens beim Samariterbund, beim Schweizerischen Roten Kreuz und bei Helvetas. Über 50 Jahre lang war Hermann Fehr auch Mitglied des VPOD. Im Alter von 84 Jahren ist er im April gestorben. | *slf* (Foto: Schweizerisches Sozialarchiv)

Bilaterale kündigen, Kaufkraft schwächen? Nein zur SVP-Chaos-Initiative

Die Chaos-Initiative erzwingt die Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU. Der SVP-Plan greift bereits, wenn die Schweiz 9,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner erreicht. Der starre Bevölkerungsdeckel ist ein Angriff auf die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung; ohne Bilaterale fällt auch der Lohnschutz weg. Das alles zu einem Zeitpunkt, wo die Welt von Unsicherheit und Kriegen geprägt ist. Da wäre es fahrlässig, die stabilste Partnerschaft der Schweiz zu zerstören. Auf den folgenden Seiten erläutert SGB-Chefökonom Daniel Lampart im Interview, warum er die Initiative zu Recht mit Chaos in Verbindung bringt. | Foto: VPOD.



- ★★★ Gerade in Zeiten globaler Unsicherheit braucht die Schweiz stabile Beziehungen zu Europa und verlässliche Rechte für Arbeitskolleginnen und Nachbarn. Bei einem Ja zur Chaos-Initiative werden die 1,5 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger, die hier leben, zu Menschen zweiter Klasse. Ihre Angehörigen könnten ausgewiesen werden, und auch ihr eigener Aufenthaltsstatus würde prekär. Doch nur dank ihrer Arbeit funktioniert unser Land.
- ★★★ Für die exportorientierte Schweizer Wirtschaft hätte eine Kündigung der Bilateralen gravierende Konsequenzen. Rund die

Hälfte der Schweizer Exporte geht in die EU. Ein eingeschränkter Marktzugang würde Investitionen bremsen, Unternehmen zur Abwanderung zwingen und Arbeitsplätze vernichten.

- ★★★ Besonders stark betroffen sind die Arbeitnehmenden. Mit dem Ende der bilateralen Verträge geriete auch der Lohnschutz unter Druck. Ohne flankierende Massnahmen drohen Lohndumping und ein Rückfall in die prekären Verhältnisse unter dem Saisonierstatut, wo Zugewanderte ohne Recht, Familie und Perspektive leben mussten.

- ★★★ Hinzu kommt ein verschärfter Fachkräftemangel. Die Schweiz ist in vielen Branchen auf Arbeitnehmende aus dem Ausland angewiesen. Ohne die Personenfreizügigkeit käme die Versorgungssicherheit in Gefahr, besonders im Gesundheitsbereich.

- ★★★ In der Altersvorsorge bedeuten weniger Erwerbstätige weniger Einnahmen für AHV und Pensionskassen. Gleichzeitig steigen die Kosten. Das erhöht den Druck auf die Renten. Auch die Krankenkassenprämien würden steigen, weil wichtige Beitragszahlende fehlen.

«Ein gefährliches Spiel mit Befindlichkeiten»

Offiziell heisst sie «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeitsinitiative)». Der SGB nennt sie konsequent «Chaos-Initiative». Das VPOD-Magazin wollte vom Chefökonom Daniel Lampart wissen, warum. | Interview: Christoph Schlatter (Foto: Thomas Egli; Illustration Zugvögel: Bullet Chained/iStock)



Daniel Lampart ist Co-Leiter des SGB-Sekretariats und dessen Chefökonom.

VPOD-Magazin: Gegen die zur Abstimmung stehende «Chaos-Initiative» gibt es sozusagen eine weltpolitische und eine binnenökonomische Argumentation. Vielleicht zuerst kurz zur globalen Lage, obwohl die sich derzeit stündlich ändert.

Aber das ist sicher ein grundlegender Einwand gegen die Initiative: In Zeiten eines geopolitischen Umbruchs, wie wir ihn derzeit erleben, sollte ein kleines Land vielleicht nicht

seine letzten Freunde verprellen. Oder?

Daniel Lampart: Wir alle haben über Ostern fassungslos die hasserfüllten Social-Media-Posts des amerikanischen Präsidenten gegen den Iran verfolgt – die USA stellen bedeutende Teile der westlichen Weltordnung in Frage, die Nato und die Grundlagen des Völkerrechts. Die Supermacht ist unberechenbar geworden! Etwas weniger auf unserem Radar ist derzeit China, das seinen hegemonialen Anspruch ebenfalls verfolgt, wenn auch auf viel leise-

ren Sohlen. Nach einem industriellen Aufbau ohnegleichen ist China in vielen Bereichen konkurrenzfähig – und in einigen, etwa bei Batterien, gewissen Antibiotika, Solarpanels, faktisch sogar Monopolist. Für die Schweiz stellt sich die Frage gleicher-

massen aussenpolitisch wie ökonomisch: Wohin soll sie sich, eingeklemmt zwischen diesen Machtblöcken, wenden? Ein Alleingang wäre grobfahrlässig. Die besten Freunde sind in Europa,

dem derzeit einzigen Ort, wo Demokratie und sozialer Ausgleich noch gelebt werden, auch wenn es natürlich viel Luft nach oben gibt.

Jetzt, wo Orban endlich weg ist: Sollten wir uns der EU annähern?

Wir sollten zum jetzigen Zeitpunkt sicher nicht mit ihr brechen. Für den Ausbau unserer Beziehungen mit unserer wichtigsten

«Ein Alleingang der Schweiz wäre grobfahrlässig.»

Partnerin sprechen ökonomische Gründe. Aber nicht nur. Auch die Überlegung, wie man in der heutigen Welt an Freiheit, am Sozialstaat, an der Demokratie festhalten kann, führt zum Schluss: Die Beziehung zu Partnern, die diese Werte teilen, muss man aktuell sicher eher aus- als abbauen.

Du sagst aber auch ganz konkret: Wenn die Initiative angenommen wird, wenn die 9,5 Millionen und dann die 10 Millionen überschritten werden, wenn also der Bundesrat zum Handeln gezwungen würde und die Bilateralen kündigen müsste – dann würde in der Schweiz vieles schlechter. Zum Beispiel die Löhne.

Wir wollen den Leuten einfach klar vor Augen führen, was für ein Preisschild an dieser Initiative hängt. In wirtschaftlicher Hinsicht. Das eine wäre der Ausstieg aus den bilateralen Verträgen in einer geopolitisch schwierigen Zeit. Der führt zu einem Druck auf die Arbeitsplätze und die Löhne. Das andere: In den nächsten Jahren werden hierzulande viele Berufstätige pensioniert. Die Zahl der 65+ steigt deutlich. Das ist der Hauptgrund, warum die Schweiz die 10-Millionen-Grenze knacken wird. Wenn sie diesen Bevölkerungsdeckel einführt, heisst das: Wir müssen weniger 20- bis 65-Jährige in der Schweiz haben. Die Zahl der Berufstätigen wird sinken, während es wesentlich mehr Ältere gibt. Dass das grosse Schwierigkeiten erzeugt, liegt auf der Hand: geringere Renten, höhere Krankenkassenprämien, ein Gesundheitssystem in

der Krise. Wenn es mehr Ältere hat, die Pflege nötig haben, und weniger Jüngere, die pflegen können – wie soll das aufgehen? Ich frage mich wirklich, wie man so dumm



sein kann, in einer Phase demografischer Alterung die Bevölkerung begrenzen zu wollen – und damit die Schweiz zu zwingen, weniger Berufstätige zu haben. Das ist maximaler Unsinn.

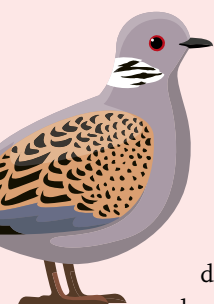
Ich spitze deine Aussage zu: Wir nehmen die 10-Millionen-Hürde schon mit unseren eigenen immer älter werdenden Alten...

Es sei denn, wir wandern plötzlich aus, wenn wir älter werden. Das ist nicht sehr plausibel. Oder man schickt uns weg. Vielleicht mit Auswanderungsprämien?

Wäre ja denkbar. Die DDR hat es so ähnlich gemacht, hat die Rentnerinnen und Rentner faktisch in den Westen geschoben, nicht mit Prämien, aber indem sie sie endlich ausreisen liess. Was bevölkerungspolitische Experimente angeht, fällt mir aber kein Land ein, das jemals eine Einwohnerobergrenze eingeführt hätte.

Weil es auch keines gibt. Ein vergleichbares bevölkerungspolitisches Experiment ist höchstens noch die chinesische Ein-

Kind-Politik, die – wie wir jetzt immer deutlicher sehen – dem Land schwerste Probleme bereitet. Und ähnlich würde die Annahme dieser Initiative schweren Schaden anrichten. «Bewahren, was wir lieben», heisst es auf den Pro-Plakaten. Es müsste



eher «Zerstören, was wir lieben» heissen... Die SVP spielt hier mit Befindlichkeiten und gefährdet den Wohlstand im Land.

«Die Initiative spielt mit Befindlichkeiten und gefährdet den Wohlstand.»

Lass uns erst einmal den sehr durchsichtigen grünen Mantel von der Initiative herunterreissen – der SVP glaubt eh niemand, dass es ihr um Nachhaltigkeit zu tun ist. Ebenso verlogen ist allerdings die Behauptung, es gebe dann weniger Zuwanderung. Man gibt es ja mehr oder weniger jetzt schon zu: Es hat am Ende dann gleich viele Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz, einfach mit schlechterem Status, schlechteren Rechten. Das geht schwer in die Richtung des einstigen Saisonierstatuts.

Das ist ja ein alter Traum der – sagen wir es höflich: Nationalkonservativen. Das Prinzip hat der Schweizer Bundesrat schon 1924 formuliert: «Gegen die Zuwanderung von Ausländern gibt es nichts einzuwenden. Dies allerdings unter der Voraussetzung, dass sie sich nicht in der Schweiz niederlassen wollen.» Allerdings hat dieses Rotationsprinzip – ein anderes Wort für Saisonierstatut – schon damals nicht funktioniert. Es hat

auch später nicht funktioniert. Und in der heutigen Zeit tut es das erst recht nicht.

Auch aus Zuwandererperspektive.

Viele Generationen kamen nicht mit der Vorstellung, zu bleiben. Und mussten am Ende ihres Lebens feststellen, dass sie doch geblieben sind.

Ein Faktor dabei ist die Liebe. Die hält sich nicht an Nationalitäten. Das Menschsein und das Rotationsprinzip widersprechen sich. Dazu kommt, dass die Schweiz auch nicht einfach beliebig statuieren kann, was ihr passt. Schon früher nicht. In den 1980er Jahren bereits kam Druck auf vonseiten Italiens, Spaniens und anderer Länder, im Sinn von: Ihr könnt unsere Leute nicht so schlecht behandeln. Da musste die Schweiz Zu-

geständnisse machen, welche die Situation etwa der Saisoniers ein wenig milderten. Im Jahr 2026 ist die Vorstellung, man könne die Zuwanderung

auf diese Weise steuern, Lichtjahre von der Realität entfernt.

Mit der Personenfreizügigkeit hat man von dieser Logik ja auch Abschied und Abstand genommen.

Nach 70 Jahren Herumbasteln an einem untauglichen System hat man sich für ein anderes Modell entschieden: die Personenfreizügigkeit, kombiniert mit Lohnschutz. Und siehe: Das funktioniert deutlich besser, behandelt die Leute



anständiger – und führt am Ende auch zu besseren Arbeitsbedingungen. Wer sich in der Schweiz niederlassen will, braucht eine Stelle. Die Zuwanderung erfolgt verstärkt in jene Bereiche des Arbeitsmarkts, wo Bedarf herrscht.

Die SVP hat indes nicht unrecht, wenn sie feststellt, dass die Migration in die Schweiz

insgesamt genommen hat. Die Zahlen sind ziemlich drastisch.

Ja. Aber erstens ist diese Zunahme in Tat und Wahrheit nicht ganz so exorbitant, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mag. Zum Beispiel wenn man die früher sehr viel häufigere Schwarzarbeit einrechnet. Vor allem aber ist die Zuwanderung in allen Ländern gewachsen, denen es wirtschaftlich gut geht. Egal, ob sie versuchen, sie mittels Kontingenten oder Punktsystemen oder auf andere Art zu steuern. Oder nicht.

Das heisst: Egal, was ein Land für Regeln erlässt – der wirtschaftliche Druck ist stärker. It's the economy, stupid...

Und das Internet. Es ist ein Zufall, dass sich mit der Einführung der Personenfreizügigkeit Anfang der 2000er Jahre auch das Internet bei der Stellensuche etabliert hat. Die Älteren wissen es noch, wie es früher war: Wer einen Job suchte, kaufte

die Samstagszeitung, der ein dicker, später dünnerer Bund mit Stellenanzeigen beilag. Den Auslandsausgaben lag er natürlich nicht bei, das hätte sich nicht gelohnt. Dort wusste man also nicht,

welche Kräfte in der Schweiz gesucht werden. Das hat sich grundlegend geändert. Von überall auf der Welt...



...ausser vielleicht aus Nordkorea...

Von fast überall auf der Welt kann man in Echtzeit sehen, welche Positionen in der Schweizer Wirtschaft zu besetzen sind. Und auch die Wohnungssuche ist grundsätzlich möglich. Diese Internationalisierung ist ein Megatrend. Und sie geht einher mit Migration.

Der SGB sagt, dass auch die Renten unter Druck kommen bei Annahme der Initiative. Für die AHV ist das klar: Wenn weniger Leute erwerbstätig sind, gibt es proportional weniger Beitragszahlende und mehr Rentenempfänger. Wie sieht es bei den Pensionskassen aus?

Auch die zweite Säule ist der Demografie ausgesetzt. Eine Pensionskasse mit vielen Rentnerinnen und Rentnern und wenigen Aktiven kann bei den Anlagen nicht so grosse Risiken eingehen – heisst: weniger Rendite, weniger Rente. Und der Ausstieg aus den Bilateralen wird sich aufgrund der damit verbundenen wirtschaftlichen Probleme todsicher auch auf die Kapitalerträge niederschlagen.

Abschottung heisst: Es wird mehr im Ausland investiert. Also werden nicht nur die Löhne, sondern auch die Renten bei Annahme der Initiative sinken.

Wenn wir auf drohende Versorgungsengpässe blicken: Für den VPOD steht naturgemäss das Gesundheitswesen im Vordergrund.

Den Leuten ist klar: Unser Gesundheitswesen ist stark von Leuten abhängig, die im Ausland ausgebildet wurden. Das gilt für die Pflege und die Ärzteschaft. Aber auch bei den Hebammen oder in der Zahnmedizin und in vielen angrenzenden Bereichen wäre die Versorgung ohne sie nicht sicherzustellen.



Wäre es nicht richtig, sich hier verstärkt auf das Inland zu

konzentrieren, anstatt einfach ausgebildete Kräfte aus dem Ausland abzugreifen, die dann dort fehlen? Ich war vor zwei Jahren in Rumänien an einem Gewerkschaftskongress. Die dortigen Kolleginnen haben mir gesagt: «Wenn wir in Rumänien 300 Pflegefachleute benötigen, müssen wir mindestens 500 ausbilden. 200 gehen in den Westen.»

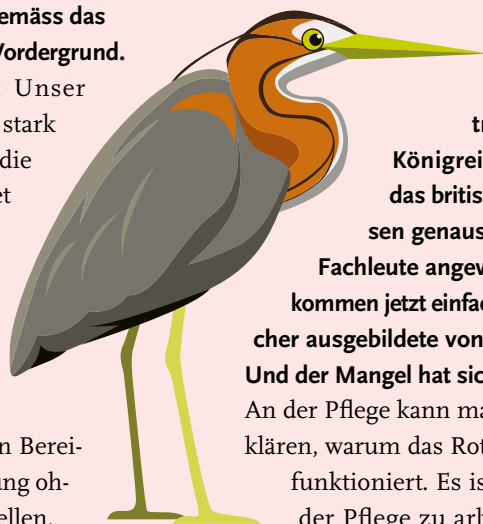
Du hast recht: Es besteht ein Missstand. Es ist nur so: Mit einem Nein zur Initiative wird er in keiner Weise behoben. Ja, es gibt eine Menge Probleme, und ja, sie alle werden jetzt im Zusammenhang mit dieser Initiative artikuliert. Es gibt das Problem der Gesundheitsversorgung, es gibt das Problem der älteren Arbeitnehmenden

«Die Initiative löst kein Problem, schafft nur neue.»

auf dem Arbeitsmarkt, es gibt das grosse Problem des fehlenden Wohnraums. Aber ein direkter Zusammenhang mit der Zuwanderung ist meist nur angedichtet. Und: Die Initiative ist für die Lösung dieser Fragen einfach keine Hilfe. Die Initiative ist nichts als eine riesige Projektionsfläche. Sie trägt nichts zur Lösung bei, sondern macht alles nur noch schlimmer.

Wenn wir den Brexit als Vergleich heranziehen, wo ja mit ähnlichen Argumenten gekämpft wurde: Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ist das britische Gesundheitswesen genauso auf zugewanderte Fachleute angewiesen wie zuvor. Es kommen jetzt einfach tendenziell schwächer ausgebildete von ausserhalb der EU. Und der Mangel hat sich noch zugespitzt.

An der Pflege kann man auch sehr gut erklären, warum das Rotationsprinzip nicht funktioniert. Es ist anspruchsvoll, in der Pflege zu arbeiten. Heute noch



viel mehr als vor zwei, drei Jahrzehnten. Das jährliche Auswechseln des Personals ist in einem solchen Umfeld Gift. Genau vor diesen Schwierigkeiten steht Grossbritannien aktuell, das die Krise mit Saisoniers bewältigen will. Das klappt nicht oder nur sehr unzureichend. Und man kann es sogar an der Sterblichkeit auf den Notfallstationen ablesen: 1500 zusätzliche Todesfälle pro Jahr werden dort auf das Fehlen des EU-Personals zurückgeführt.

Auch die Krankenkassenprämien steigen, wenn die Initiative angenommen wird. Zumindest ist das deine Prognose. Kannst du das für uns herleiten?

Die Menschen – ich drücke mich etwas drastisch aus – fallen normalerweise nicht einfach eines Tages tot vom Stuhl. Sie sind vorher krank. In den letzten zwei, drei Lebensjahren fallen oft teure Behandlungen an.



Und auch hier wirkt sich eine

Verschiebung in der Zusammensetzung der Bevölkerung – mehr Alte, weniger Junge – negativ aus. Pro Kopf steigen die Prämien.

Das leuchtet ein. Mit dieser Überlegung müssten eigentlich auch Ausländerfeinde Nein stimmen. Sie müssten dafür sein, junge Ausländer ins Land zu holen, die für uns alte Schweizer schufteten und Prämien zahlen...

Jedenfalls ist ein Ja zur Chaos-Initiative kein Lösungsbeitrag. Abschottung hilft uns nicht. Und, wichtig: Ein Ja ist auch nicht irgendwie ein «Zeichen» für oder gegen irgendetwas. Ein Ja ist ein Ja zu dieser Initiative, über die wir abstimmen. Das war schon 2014, bei der Masseneinwanderungsinitiative, so. Damals gab es eine knappe Zustimmung, weil viele Leute glaubten, auf diese Weise ein Signal über ihre Befindlichkeit zu senden. Auch in meinem Bekanntenkreis gab es solche Bekenntnisse à la: Daniel, ich gebe es zu, ich habe auch dafür gestimmt, einfach weil ich mal ein Zeichen setzen wollte.

Es ist halt auch ein Problem unserer direkten Demokratie: Diese xenophoben Initiativen kommen im Dreijahrestakt

daher, und wir müssen jedes Mal einen enormen Aufwand treiben, das Schlimmste zu verhindern. Bei der Masseneinwanderungsinitiative konnte man dann nur noch im Nachhinein versuchen, die Scherben zu kitten.

Nun, wir hatten auch, dank der direkten Demokratie, grosse Erfolge. Nimm nur die 13. AHV, wo unsere Gegnerschaft noch immer nicht über die Phase der Trauerarbeit hinweg ist... Der

Vorteil ist, dass man mit jedem Vorschlag kommen kann.

Vielleicht auch, dass es Ventile gibt und sich nicht alles nur in Wahlen alle paar Jahre entlädt.

Aus meiner Sicht liegt ein Problem darin, dass die Behörden der Bevölkerung die Migration und die Personenfreizügigkeit nicht richtig erklären.

Der Bundesrat und das Staatssekretariat für Migration machen schlicht ihren Job nicht.

Doch das wäre notwendig für eine aufgeklärte Debatte. Es wäre notwendig, zu wissen, was das Rotationsprinzip bedeutet und warum es 2026 noch weniger funktioniert als 1926 oder 1956.

Rudolf Strahm hat neulich in der NZZ die SP und die Gewerkschaften wegen ihres Kampfs gegen die Chaos-Initiative scharf angegriffen. Er spricht von einer kosmopolitischen Elite in diesen Organisationen, die längst den Bezug zu den Problemen der einfachen Leute und der Arbeiterschaft verloren habe. Beispiel: Wohnungsnot.

Richtig ist, dass die Wohnproblematik in den Städten und in den Agglomerationen eines der drängendsten Probleme der heutigen Zeit ist. Aber ein hausge-

machtes. Es wurden hier schwere politische Fehler begangen.

Von wem?

Wer ist zuständig für den Wohnbau in der Schweiz? SVP-Bundesrat Parmelin. Aber er und seine Vorgänger – die Älteren erinnern sich noch an Bundesrat Villiger (FDP) – haben die Förderung des gemeinnützigen Wohnbaus zusammengestrichen. Der Bund gibt heute noch einen

Zehntel von dem aus, was er vor 20 Jahren dafür investierte. Was wir heute sehen, sind die Folgen dieser Politik, die von einer bürgerlichen Allianz unter kräftiger Beteiligung der SVP durchgesetzt wurde. Also von Schweizerinnen und Schweizern. Kein Mensch ohne

Schweizer Pass hat zu dieser Politik je irgendwas zu sagen gehabt oder beigetragen.

Strahm sagt auch: Macht nicht so ein Theater; die Bilateralen werden eh nicht gekündigt, auch bei Annahme der Initiative nicht. Mag sein, dass sich das auf die Masseneinwanderungsinitiative bezieht, die zögerlich umgesetzt wurde.

Die Masseneinwanderungsinitiative sah ja in erster Linie einen Inländervorrang vor, nachher Kontingente. Mit der Stellenmeldepflicht

hat man einen Inländervorrang eingeführt. Man muss dazu aber auch sagen, dass die Masseneinwanderungsinitiative über weite Strecke schwammig, ja unverständlich formuliert war. Die aktuelle Chaos-Initiative ist viel deutlicher: Bei 10 Millionen ist Schluss mit den Bilateralen. Und sogar mit wesentlichen Menschenrechten. Das ist ein klarer Auftrag.

Letzter Punkt von Strahm: Die

Gewerkschaften oder die Linken hätten ihr Nein teurer verkaufen, an Bedingungen knüpfen müssen. Aus meiner Wahrnehmung heraus ist genau das passiert, aber im Zusammenhang mit den Bilateralen III, über die wir – wenn nicht schon am 14. Juni alles bachab geht – nächstes oder übernächstes Jahr abstimmen werden.

Es gibt bei der Chaos-Initiative der SVP schlicht keine Gründe für ein Ja.

Einfach weil sie in jeder Hinsicht schädlich ist, weil sie null zur Problemlösung beiträgt und tausend neue Probleme schafft. Es ist eine beispiellos radikale, schlimme Initiative – und zwar auch für die Arbeitnehmenden. Aber, richtig: Wir haben uns für Massnahmenpakete zu all den schwierigen Fragen eingesetzt: Situation älterer Arbeitnehmender, Wohnen, Infrastruktur, Kaufkraft. Es gibt einige Lösungen, aber es war zäh. Weil sich die Arbeitgeber und der Bundesrat querlegten. Dort, wo unsere Vorschläge signifikante Verbesserungen gebracht hätten, wurden sie von der bürgerlichen Mehrheit in Bausch und Bogen abgelehnt.

Auch hier sehe ich eine gewisse Doppelzüngigkeit in der Argumentation von SVP & Konsorten.

Ich auch: Die gleiche Crew, die jetzt diese Probleme mit

dem ausländerfeindlichen Diskurs bewirtschaftet, trägt, wenn konkrete Verbesserungsvorschläge auf dem Tisch liegen, nichts zu ihrer Lösung bei.

Die Illustrationen verweisen auf eine andere Art Migration: den Vogelzug. Abgebildet sind **europäische Zugvögel**, nämlich auf Seite 12: Rauchschnalbe und Mönchsgrasmücke; auf Seite 13: Weissstorch, Tureltaube und Zilpzal; auf Seite 14: Kranich, Mauersegler und Purpurreiher; auf Seite 15: Kuckuck, Fischadler, Wespenbussard und Wiesenweihe.





«Überfremdungsabwehr»

Von der Zwischenkriegszeit bis zur Jahrtausendwende war die Ausländerpolitik der Schweiz geprägt durch das Rotationsprinzip – später als Saisonnierstatut bekannt. Es sollten Arbeitskräfte kommen (und gehen), keine Menschen. Einige Zitate aus offiziellen Quellen: internationalen Abkommen und Bundesratsbotschaften. Dazu Bilder aus den 1950er, 1960er und 1970er Jahren; alle stammen sie aus der Fotostiftung Schweiz. | *slt*

1924 «Wiederentfernung»

«Ist der Ausländer eingereist, dann stellt sich die Aufgabe seiner Wiederentfernung, falls er nicht Niederlassung erhält (oder ohne unser Zutun wieder geht). Wir kommen damit wieder zur Frage von Aufenthalt und Niederlassung zurück und knüpfen an die Darlegung an, dass jeder eingereiste Ausländer mit der Pflicht zur Wiederausreise belastet ist, mit einziger Ausnahme derjenigen, denen Niederlassung bewilligt wurde. Nur um den Preis dieser Auflage können Fremdenverkehr und Überfremdungsabwehr miteinander vereinbart werden.»

Aus der Botschaft des Bundesrats an die Bundesversammlung über die bundesrechtliche Regelung von Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 2. Juni 1924



◀◀ *Italienische Arbeiter warten auf den Zug, 1957 (Rob Gnant, Fotostiftung Schweiz)*

◀ *Wartsaal, Zürich, 1960 (Bruno Kirchgraber, Fotostiftung Schweiz)*

Ein Grossteil der Fotografien, die das Leben von Zugewanderten dokumentieren, stammt von Bahnhöfen. Hier überlappen sich die Lebenswelten von Saisoniers und Einheimischen. Hier sind Aufbruch und Abschied, Geselligkeit und Müdigkeit. Damals gibt es noch einen Wartsaal (der heute fast überall kommerzieller Nutzung gewichen ist).

1948 «Ersatz ohne Verzug»

«Artikel 8. Wenn eine gestützt auf zahlenmässiges Gesuch rekrutierte Arbeitskraft der Anstellung keine Folge leistet oder an der Einreise in die Schweiz verhindert ist, sind die italienischen Behörden dafür besorgt, dass die betreffende Arbeitskraft ohne Verzug durch einen anderen Arbeitnehmer ersetzt wird, der die gewünschten Fähigkeiten besitzt.»

«Artikel 15. Die schweizerischen Behörden beschränken die sanitärische Untersuchung an der Grenze auf das Notwendigste. Diese Untersuchung bringt für die Arbeitnehmer keine Kosten mit sich.»

«Artikel 20. Die italienischen Arbeitskräfte können ihre Ersparnisse im Rahmen der dafür geltenden Vorschriften nach Italien transferieren.»

Aus der Vereinbarung zwischen der Schweiz und Italien über die Einwanderung italienischer Arbeitskräfte in die Schweiz vom 22. Juni 1948

1964 «Überwindung von Anpassungsschwierigkeiten»

«Artikel 3: Zahlenmässige Gesuche; Absatz 6. Wenn eine auf ein zahlenmässiges Gesuch hin angeworbene Arbeitskraft die Stelle nicht antritt oder sich nicht in die Schweiz begeben kann, sorgen die italienischen Behörden ohne Verzug für den Ersatz durch eine andere Arbeitskraft, welche über die gewünschten Fähigkeiten verfügt.»

«Artikel 14: Sanitäre Untersuchung. Die Untersuchung des Gesundheitszustandes bei der Einreise in die Schweiz, die aus Gründen der öffentlichen Gesundheit wie auch zum Wohl der Arbeitnehmer erforderlich ist, wird auf das Notwendigste beschränkt. Aus dieser Untersuchung erwachsen dem Arbeitnehmer keine Kosten.»

«Artikel 18: Anpassung an die Lebensgewohnheiten; Absatz 1. Die schweizerischen Behörden prüfen in Zusammenarbeit mit den italienischen Behörden und den in Frage kommenden Kreisen, wie den italienischen Arbeitskräften und ihren Familien die Überwindung von Anpassungsschwierigkeiten erleichtert werden kann, denen sie in der Schweiz vor allem zu Beginn ihres Aufenthaltes begegnen.»

«Artikel 19: Überweisung von Ersparnissen. Die italienischen Arbeitskräfte können ihre Ersparnisse im Rahmen des Europäischen Währungsabkommens vom 5. August 1955 frei nach Italien überweisen.»

Aus dem Abkommen zwischen der Schweiz und Italien über die Auswanderung italienischer Arbeitskräfte nach der Schweiz vom 10. August 1964



↑ Bahnhof Lugano, 1953 (Hans Baumgartner, Fotostiftung Schweiz)

↓ Italienische Einwanderer in der Bäckeranlage, Zürich, 1964 (Rob Gnani, Fotostiftung Schweiz)

Das Foto von 1953 zeigt noch die «3» für die 3. Klasse am damals selbstverständlichen Raucher-Waggon (Nichtraucherabteile gibt es seit ungefähr 1950). Da ohne privaten Raum, nutzen Arbeitsmigranten öffentliche Plätze und Parks zum Spiel und zum Beisammensein.



1964 «Stellenwechsel unerwünscht»

«In den unmittelbar auf den letzten Weltkrieg folgenden Jahren gehörte die Schweiz zu den wenigen westeuropäischen Ländern, die den im Ausland nach Arbeit Ausschau haltenden italienischen Arbeitskräften Beschäftigung bieten konnten. Die italienischen Arbeitskräfte, deren Heimat von schwerer Arbeitslosigkeit betroffen war, schätzten sich glücklich, vorübergehend Arbeit zu finden in einem Nachbarland, dessen Lebens- und Arbeitsbedingungen damals über jenen der meisten übrigen europäischen Staaten lagen.»

«Wir sind durchaus der Ansicht, dass ein häufiger Stellen- und Berufswechsel, besonders zu Beginn des Aufenthaltes, unerwünscht ist. Die Anwerbung und Anlernung von ausländischen Arbeitskräften ist mit Kosten verbunden, weshalb der Arbeitgeber mit Recht erwartet, dass der Arbeitsplatz nicht schon nach einigen Wochen oder Monaten wieder verlassen wird. Unstabile Elemente, die durch häufigen Stellen- und Berufswechsel unnötige Umtriebe verursachen und die Produktivität der Wirtschaft beeinträchtigen, können dank der Bewilligungspflicht eliminiert werden.»

«Die Trennung von seinen Angehörigen bedeutet für den Arbeitnehmer eine grosse Härte, zumal er in einer fremden Umgebung lebt und die Trennung auf die Dauer nicht ohne ernsthafte Rückwirkung auf seine persönlichen Verhältnisse bleibt. Angesichts der drohenden Überfremdungsgefahr konnte jedoch dem Wunsch auf sofortigen Nachzug der Familie auf keinen Fall entsprochen werden. Eine bestimmte Wartefrist ist zudem unerlässlich, um es den schweizerischen Behörden zu ermöglichen, festzustellen, ob der neuzugewanderte Ausländer gewillt und fähig ist, sich unseren Lebens- und Arbeitsverhältnissen anzupassen. Charakterlich und beruflich ungeeignete Ausländer müssen möglichst rasch wieder zum Verlassen des Landes angehalten werden.»

Aus der Botschaft des Bundesrats an die Bundesversammlung betreffend die Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweiz und Italien über die Auswanderung italienischer Arbeitskräfte nach der Schweiz vom 4. November 1964



↔ Saisonniers, Genf, um 1971 (Daniel Vittet)

Winterferien in St. Moritz, wie auf dem Wandplakat beworben, liegen ausserhalb des Budgets der einreisenden Saisonniers. Für den Grenzübertritt sichert die Schweiz zu, sanitarische Kontrollen auf das Notwendigste zu beschränken. Stehen in der Schlange und Gehen im Gänsemarsch machen das Individuum zur Nummer. Der Rollkoffer ist noch nicht erfunden.



Abschied vom Atomkraftwerk – ein neues Buch überlegt schon den Denkmalschutz

Kann der Kühlturm weg?

Zwar will eine Ständeratsmehrheit neue AKW. Realistischer ist der Abschied von der Atomenergie; es reicht die Million Jahre, die man noch mit Müll zu tun haben wird. Ein neues Buch erörtert schon einmal den Wert stillgelegter Kraftwerke als Denkmäler. | Text: Christoph Schlatter (Foto: Julian Salinas)

Gänzlich tilgen? Oder teilweise erhalten? Die Frage stellt sich vor allem bei Infrastrukturbauten – und ganz besonders bei ungeliebten wie der Berliner Mauer oder den Atomkraftwerken. Letzteren widmet sich ein neues Buch. Der Herausgeber Harald R. Stühlinger und die Autorinnen Christina Haas und Anne-Catherine Schröder stellen die Technologie in den historischen Kontext, zu dem auch die Anti-AKW-Bewegung gehört. Sie war in den 1970er und 1980er Jahren eine wichtige Zubringerstrasse für linke Politik, gerade – Stichwort «Kaiseraugst» – in der Schweiz.

*Ist das ein Denkmal, oder kann das weg?
Der Kühlturm von Leibstadt (aus dem besprochenen Buch).*



1970: *Der öffentliche Dienst*, die damalige Mitgliederzeitung des VPOD, feiert auf einer ganzen Seite die «offizielle Einweihung des ersten Schweizer Atomkraftwerks» (faktisch lieferte das spätere Beznau I schon seit Sommer 1969 Strom). Den «Beweis ihrer langfristigen Betriebstüchtigkeit» habe die Anlage zwar noch zu erbringen, heisst es. Aber vom noch viel längerfristigen Problem des strahlenden Abfalls ist in dem Jubelgesang nicht die Rede. Anfangs waren ja sogar Umweltschutzorganisationen von dieser «grünen» Energie angetan, und der Unfall von Lucens, wo es 1969, wenn auch unterirdisch, zu einer partiellen Kernschmelze kam, schien die Mehrheit nicht gross zu beunruhigen.

Kern- oder Atomenergie?

Harrisburg (1979) und vor allem Tschernobyl (1986) wendeten die öffentliche Meinung: 1988 liess man das Kaiseraugst-Projekt fallen, und 1990 stimmte das Schweizer Stimmvolk einem AKW-Moratorium zu. Die Katastrophe von Fukushima von 2011 führte in zahlreichen Ländern, auch in der Schweiz, zur als endgültig gedachten Abkehr. Auch der Band in der Reihe *Swissmonographies* behandelt die Technologie über weite Strecken wie eine historische – und rückt architektonische und denkmalpflegerische Fragen in den Vordergrund. Eigenartig höchstens, dass konsequent von Kern-, nicht von Atomenergie gesprochen

wird. Eigentlich galt die Terminologie stets als sicherer Hinweis auf die Gesinnung: Von KKW sprachen (rechte) Befürworterinnen, von AKW die (linken) Gegner. Möglich, dass die Sprachregelung der Beteiligung der Elektrizitätswirtschaft am Buch geschuldet ist. Axpo und BKW werden am Ende nicht nur für Kooperation gelobt, sondern auch als Sponsoren verdankt. Aber wie ist denn nun mit dem baulichen Erbe zu verfahren? Es ist ja ein Paradox: Die Kühltürme, die zum Symbol der ghassten Atomkraft wurden, sind keineswegs technologiespezifisch; für Kohlekraftwerke baut man ähnliche Hyperbeln. Dennoch sollen die zwei Schweizer Türme in Leibstadt und Gösigen «als Bestandteil kommunikativer und kollektiver Erinnerung» auf jeden Fall stehen bleiben. Dafür plädiert jedenfalls die Denkmalpflege.

Mahnendes Gedenken

Während die Nutzung eines Ex-Kühlturms etwa als Aussichtsplattform problemlos erscheint, bieten andere Teile eines AKW, namentlich der Reaktorblock, nur schon wegen ihrer Strahlenbelastung grössere Schwierigkeiten. Auch sie sind der Denkmalpflege zum «mahnenden Gedenken» erwünscht. Beim Rückbau von Mühleberg lasse sich aktuell just die gegenteilige Tendenz des «Verschwindenlassens» erkennen: Keine Erinnerung nirgends, nicht an «Euphorie und Fortschrittsglauben», ebenso wenig an die «problematischen Aspekte des atomaren Zeitalters». Dabei werden diese die Menschheit in Form von Abfall noch eine ganze Weile beschäftigen. So ein paar hunderttausend Jährchen zirka.

Harald E. Stühlinger (Hrsg.): Kernkraftwerke. Nuclear Power Plants, Basel (Christoph-Merian-Verlag) 2026. Reihe Swissmonographies. 208 Seiten, zahlreiche Fotos (von Julian Salinas), Abbildungen, Pläne usw. CHF 39.

VPOD verklagt Assistenzdienstleister am Flughafen

Erneute Negativschlagzeilen für die Firma AAS, die letztes Jahr ihre Mitarbeitenden am Zürcher Flughafen ohne Sozialplan auf die Strasse stellen wollte (ein Streik des VPOD verhinderte dies). Jetzt hat sich herausgestellt, dass sich AAS im Joint Venture mit Goldair ebenfalls nicht an die Regeln gehalten hat. Gemäss VPOD hat sie die Beschäftigten im sogenannten PRM-Geschäft («Persons with reduced mobility»), das sie mit Goldair zusammen besorgte, um viel Geld geprellt. Die Dienstleistung besteht darin, handycaperte Flugreisende innerhalb des Flughafens zu transportieren; sie wird durch eine Abgabe von 1 Franken je Flugticket aus Passagiergebühren finanziert und darf gemäss EU-Verordnung nicht profitorientiert erbracht werden.

Das Joint Venture Goldair/AAS Assistance AG sei von Anfang – 2020 – an durch schlechte Arbeitsbedingungen aufgefallen, sagt VPOD-Sekretär Stefan Brülisauer. Trotz hoher Inflation gab es nie eine Lohnerhöhung, auch beim Material wurde maximal geknauert. Vor allem aber wurden den Mitarbeitenden die ihnen gesetz-

lich garantierten Pausen vorenthalten – 30 Minuten täglich, die fälschlich nicht zur Arbeitszeit gezählt wurden. Auf 2 Millionen Franken entgangene Lohnsumme kommt VPOD Luftverkehr bei «konservativer Schätzung» – auch die Verweigerung der Ferienschädigung bei den Stundenlöhnen trägt zu dieser Summe bei, die jetzt auf juristischem Weg geltend gemacht wird.

Rund 150 Mitarbeitende von Goldair/AAS sind betroffen; VPOD-Sekretär Brülisauer hofft, dass die Gerichte ihnen bald Gerechtigkeit widerfahren lassen. 2025 hat der Flughafen Zürich die Assistenzdienstleistungen für Menschen mit Beeinträchtigung wieder selbst übernommen. | *vpod* (Foto: Ank Kumar/Wikimedia CC)



Antonia W. Fleischmann Die Kratzbürste im System

Wie sehr ich das alles vermisse

Liebe? Was ist das noch einmal? Vielleicht erinnern Sie sich. Da war einmal so ein anachronistisches Gefühl, für das sich die Menschen in der Antike brennend interessieren konnten. Manche nahmen sich der Liebe wegen gar das Leben, und ihr Blut war so von Amor gesättigt, dass es Früchte rot färben konnte. Heute undenkbar. Der biedere Weltenlauf hat das Liebeslodern fast vollständig ausradiert, und an seine Stelle ist das Lodern für die Pensionskasse getreten. Liebe ist heute eine Angelegenheit für sehr junge oder aber ganz alte Leute. In der Zeit dazwischen wirkt die Liebe wie ein Störfaktor, der die Leute vom Leben abhält. Job, Geld, Kinder, Hobbys. Das alles ist auf einmal sehr viel wichtiger geworden. Wer nun das Pech hat und die mittleren Jahre alleine verbringt, der scheint einen unangebrachten Wunsch zu äussern, wenn er trotzdem nach der Liebe sucht. So wie jemand, der an Partys einen Song auflegt, zu dem im vorletzten Sommer alle getanzt haben, aber jetzt kann ihn keiner mehr hören. Liebe? Keine Zeit. Ich muss ins Fitness / die Kinder abholen / die Scheidungspapiere unterzeichnen / meine Zähne reinigen lassen. Frag doch morgen noch einmal nach. Morgen? Gemeint ist die Zeit, wenn die Kinder aus dem Haus sind, wir nicht mehr zur Arbeit gehen und unser Partner überraschenderweise während der Dentalhygiene verstorben ist. Ich bin nun ungefähr 57 Jahre alt. Mit anderen Worten, ich muss zwanzig Jahre warten, bis mein Begehren wieder salonfähig wird. Das ist also der Grund, warum ich mit dem Rauchen und dem Trinken aufhören soll? Ich muss am Leben bleiben, damit ich später mit einem Typen ohne Zähne Halma spielen kann. Damit soll nichts gegen Männer ohne Zähne oder gegen Halma gesagt sein. Nur scheint mir die Liebe im hohen



Antonia W. Fleischmann ist eine Figur des Schriftstellers Lukas Linder. Er lebt in Polen und in der Schweiz.

Alter nicht mehr ganz dasselbe Feuer zu kennen wie jene der jüngeren Jahre. Aber ich lasse mich da gerne eines Besseren belehren.

Warum aber hat die Liebe derzeit einen so schlechten Leumund? Ist die Menschheit einfach erwachsen geworden und hat solcherlei kindische Gefühlsduseleien nicht mehr nötig? Wenn ich dann aber sehe, zu welchen Gefühlsduseleien sich die Herrschenden dieser Welt oder auch der gemeine Mann auf Facebook hinreissen lässt, dann kommt mir die Menschheit infantiler denn je vor. Im Vergleich zu einer hirnrissigen Forums-Diskussion über Pro und Contra einer gendergerechten Sprache ist

die Liebe doch ein so einfaches Gefühl. Und der Mensch braucht einfache Gefühle. Sobald es komplexer wird, ist er schnell überfordert. Egal, was uns die Ratgeberbücher einreden wollen, Liebe braucht ein Gegenüber, das anders aussieht als wir selbst. Selbstliebe ist eine gesunde Sache, aber mir scheint, wir haben in letzter Zeit ein bisschen zu viel von uns getrunken. Jetzt ist es an der Zeit, dass wir wieder von anderen trunken werden. Aber so sieht es nun einmal aus: Die Liebe ist aus der Mode gekommen. Wie man hört, wird der Beischlaf nur noch der Form halber vollzogen. Ein melancholisches Echo auf ein einstmaliges wildes Begehren. Tschau Sepp. Es war schön mit dir. Aber jetzt muss ich gehen. Und so stirbt die Menschheit langsam aus. Nicht wegen Krieg oder Klima oder Nahrungsknappheit. Nein. Aus purer Lustlosigkeit. Aus Mangel an Liebe. Alle sind im Fitness. Niemand ist in der Kiste. Und die Welt geht unter. Aber vielleicht täusche ich mich auch. Ich täusche mich eigentlich immer.

Schwärmen und Brennen und Vermissen und Trauern. Oh, wie sehr ich das alles vermisse. Zwanzig Jahre. Dann geht es wieder los.

Ihre Toni Fleischmann.



Krieg im Sudan: Binnenvertriebene in Al-Faschir.

Zu wenig Zusammenarbeit

Dass die Schweiz das international vereinbarte Ziel für die internationale Zusammenarbeit einmal mehr verfehlt, erregt den Unmut von Alliance Sud. Statt der vereinbarten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes machen die Entwicklungsausgaben für 2025 lediglich noch 0,36 Prozent

aus – aufgerundet! Mit der Zerschlagung von USAid durch den US-Präsidenten befindet sich die internationale Zusammenarbeit im freien Fall – und auch die Schweiz baut ab, «ausgerechnet in einer Zeit, in der sich zahlreiche krisen- und kriegsbedingte Katastrophen verschärfen», wie Alliance Sud kommentiert. Die aktuelle Praxis der Schweiz steht auch den Ansichten der Schweizer Bevölkerung entgegen. Gemäss einer repräsentativen Umfrage der ETH wünschen sich drei Viertel, dass die Ausgaben auf dem aktuellen Niveau bleiben oder erhöht werden. | as/slt

Vergessener Krieg im Sudan

Die Kürzung der internationalen Zusammenarbeit betrifft besonders auch den Sudan, wo seit über drei Jahren ein grausamer Krieg zwischen Regierungstruppen und einer paramilitärischen Rebellenmiliz

tobt, ohne dass der Westen davon gross Notiz nimmt. Dabei handelt es sich um die grösste humanitäre Katastrophe der Gegenwart, wie Alliance Sud betont: «Fast 14 Millionen Menschen wurden vertrieben, 21 Millionen sind von extremem Hunger betroffen, 10 Millionen Kinder gehen nicht mehr zur Schule; Cholera, Masern, Malaria und Dengue breiten sich ungehindert aus.» Auch hier hat der Wegfall der US-Gelder die Lage nochmals dramatisch verschärft, auch in Ägypten, wohin viele Menschen aus dem Sudan geflohen sind. Dort herrscht teilweise ebenfalls unsägliches Elend; das repressive Militärregime drangsaliert die Flüchtlinge, von denen die jüngeren oft den einzigen Ausweg im Aufbruch nach Europa sehen. Der Krieg im Sudan wird zu einem grossen Teil – und auf beiden Seiten – durch Gold finanziert. Aus der Sicht von Alliance Sud könnte die

Wirtschaftslektion Überalterung wegen SVP

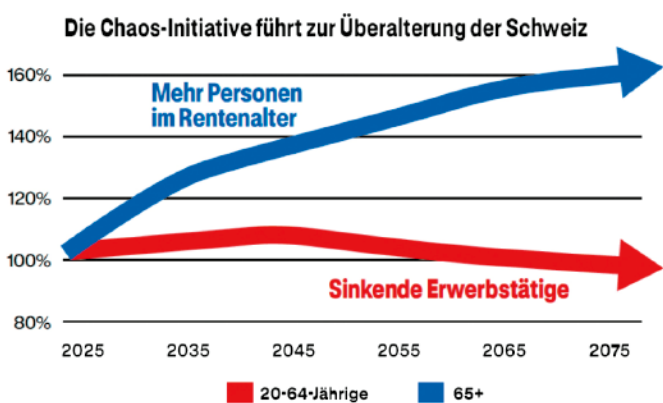
Man muss es immer wieder klar sagen: Die SVP-Chaos-Initiative ist keine Befindlichkeitsumfrage. Sondern sie ist ein radikaler Vorschlag, der die sozialen Probleme in der Schweiz verstärken wird und das Land international isoliert (siehe auch Dossier, Seiten 11ff.). Sie zwingt die Schweiz nicht nur, aus den Bilateralen auszusteigen. Sondern sie gefährdet mit dem Bevölkerungsdeckel auch die Renten, die Löhne und die Versorgungssicherheit im Land. Warum?

Die Schweiz wird die 10-Millionen-Grenze vorübergehend vor allem deshalb überschreiten, weil es künftig wesentlich mehr Pensionierte geben wird. In den nächsten Jahren werden nochmals viele Arbeitnehmende aus geburtenstarken Jahrgängen pensio-

niert. Die Zahl der 65+ wird gemäss den Szenarien des BFS um rund 60 Prozent steigen. Da die meisten dieser Pensionierten in der Schweiz wohnen werden, führt der 10-Millionen-Deckel dazu, dass die Schweiz weniger jüngere Berufstätige haben wird. Schon heute brauchen wir eine gewisse Einwanderung aus dem Ausland, damit wir trotz tieferen Geburtenzahlen genug Arbeitskräfte haben. Wenn die Schweiz den 10-Millionen-Deckel einführt, müssen wir die Zahl der Berufstätigen senken. Das hat es noch nie gegeben. Die Schweizer Wirtschaft wird schrumpfen. Oder teilweise gar nicht mehr funktionieren.

Einige Leute sagen: Die Einwanderung war in den letzten Jahren zu hoch. Es sollte sich etwas ändern. Doch diese Argumente sind möglicherweise schneller von gestern, als viele denken. Denn es gibt seit rund 10 Jahren weniger Geburten auf der Welt. Vor allem in den reicheren Ländern des Nordens und in China gibt es weniger Kinder. Das werden wir bald merken. Denn weniger Geburten heisst später: weniger Leute im erwerbsfähigen Alter. Man kann zwar davon ausgehen, dass die Schweiz anziehend bleibt für Leute, die im Ausland arbeiten wollen. Denn die Lebensqualität und der Wohlstand sind vergleichsweise hoch. Doch es ist nicht mehr so klar und selbstverständlich, dass die Schweiz ihre Arbeitskräfte findet, wenn sie solche braucht. Denn wenn es überall weniger jüngere Menschen gibt, haben diese mehr Möglichkeiten. Wenn die Schweiz den Familiennachzug beschränkt und die Aufenthaltsrechte der Einwandernden verschlechtert, sinkt ihre Attraktivität. Die SVP-Chaos-Initiative liegt völlig quer in der Landschaft. Sie will mit den Bilateralen brechen, obwohl die guten Beziehungen zur EU heute wichtiger sind denn je. Und sie will die Bevölkerungszahl plafonieren, obwohl die Schweiz künftig besonders auf jüngere Menschen angewiesen sein wird. | Daniel Lampart, SGB-Chefökonom

Bevölkerung im Alter 65+ sowie 20–64 und 10-Mio.-Grenze (gemäss BFS-Referenzszenario, Chaos-Initiative: Berechnungen SGB)



Schweiz einen Beitrag leisten, indem sie bei der laufenden Revision der Edelmetall-Kontrollverordnung die Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit und die Transparenz verschärft. | *vpod* (Foto: Roman Deckert/Wiki CC)

Gesundheitspersonal schützen

Der Dachverband der Service-public-Gewerkschaften PSI verurteilt die Tötung von Dutzenden von Gesundheitsfachkräften im Libanon durch Israel. Die Taten seien unverzeihlich, weil sie die katastrophale humanitäre Lage weiter verschärften. PSI habe stets deutlich gemacht, dass es keinerlei Toleranz für Angriffe auf Gesundheitspersonal in Konfliktgebieten geben dürfe, sagte Generalsekretär Daniel Bertossa. | *psi*

Trauer um Herbert Mai

Die Gewerkschaftswelt trauert um Herbert Mai, den ehemaligen Vorsitzenden der

wichtigsten Verdi-Gründungsgewerkschaft ÖTV (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr). Der heutige Verdi-Chef Frank Werneke würdigt den Verstorbenen als grossen Gewerkschafter und als pragmatischen Reformen und Modernisierer. «Eher ein Mann der leisen Töne» sei Mai gewesen, einer, «der gut zuhören konnte und auf Argumente vertraute, die er sorgsam abwog». 1995 wurde der Rheinländer als Nachfolger von Monika Wulf-Mathies Chef der ÖTV, die in Stuttgart ihren Hauptsitz hatte. 2000 kam der Karriereknick: Für seinen Plan zur Fusion der ÖTV mit vier anderen Verbänden erhielt er auf dem ÖTV-Kongress in Leipzig keine Mehrheit, weshalb er vom Amt zurücktrat. 2001 wurde die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft trotzdem gegründet – unter seinem Nachfolger Frank Bsirske, der dann der erste Vorsitzende von Verdi wurde. Mai, der



Im April verstorben: Ehemaliger ÖTV-Chef Herbert Mai.

auch in den gewerkschaftlichen Dachorganisationen engagiert war (EGÖD-Präsident 1996 bis 2001, PSI-Vizepräsident 1998 bis 2001), wirkte anschliessend bis zur Pensionierung als Arbeitsdirektor bei der Fraport AG, der Betreibergesellschaft des Frankfurter Flughafens. Im Alter von 78 Jahren ist er jetzt gestorben. | *slt* (Foto: Keystone)

Wer war's? Unerwünschte Effekte

Zum Beispiel der Paranus-Effekt: Wenn man ein Behältnis mit unterschiedlichen Objekten schüttelt, gelangen mit der Zeit die grossen an die Oberfläche, die kleinen sacken ab. In die beim Rütteln entstehenden Zwischenräume rutschen nämlich vorab die kleineren Teile, so dass man – daher kommt der Ausdruck – in der Müsli-Packung am Ende ihrer Lieferkette zuunterst das Mehl zerbröselter Haferflocken antrifft, auf das Körner und Weinbeeren und obenauf die grossen Nüsse geschichtet sind.

Von Physik bis Psychologie gibt es zahlreiche Phänomene, die unter dem Label «Effekt» laufen. Manchmal sind sie nach einer Sache (Domino, Treibhaus), oft aber auch nach einer Person benannt (Matthäus, Matilda), die die Erfinderin oder Entdeckerin sein kann. Aber nicht muss. Inhaltlich geht es heute um die Beobachtung, dass es manchmal klüger ist, zu schweigen, ein Problem ruhen, Fünfe grade sein, eine geringfügige Unbill ungesühnt zu lassen. Oder eben: schlafende Hunde nicht zu wecken. Das schon vom Nürnberger Meistersinger Hans Sachs im 16. Jahrhundert empfohlene Rezept hätte besser auch unsere Frau X. beherzigt.

Aber der Reihe nach! Die Gesuchte hatte sich durch Schauspiel- und Sangeskünste ein Vermögen erarbeitet, welches sie in den Kauf eines Grundstücks direkt am Pazifik investierte. Was sie dort erstehen liess, ist eher ein Dorf als eine Villa – und zeugt, falls man den Fotos im Internet trauen kann, von einem nicht durchwegs trittsicheren Geschmack in Inneneinrichtungsfragen. (Ähnliches wurde auch über ihren Gesangsstil gesagt, der zwar grandios ist, den manche aber als zu bombastisch und zu artifiziell empfinden.)

Als ein Fotograf die Küstenerosion Kaliforniens in 12 000 Luftbildern dokumentierte und dabei ausgerechnet das fragliche Anwe-

sen als eines der wenigen der Besitzerin zuordnete, wehrte sich diese, weil sie ihre Privatsphäre verletzt sah. Das hätte sie besser nicht getan, denn erst mit dieser Intervention fand das Foto, das zuvor nur sechs Klicks verzeichnete, lawinenartige Verbreitung. Die Sängerin und Schauspielerin hat zwei Oscars im Regal stehen und hielt 12 Jahre lang den Rekord des am längsten gehaltenen Tons in einem Popsong (also den Ton hielt sie nicht 12 Jahre, sondern lediglich 12 Sekunden aus).

Wer kennt die unfreiwillige Mutter des beschriebenen Effekts? Auf eine Postkarte oder in ein E-Mail geschrieben, kann ihr Name (gerne mit korrektem Vornamen) den Gewinn von Büchergutscheinen bedeuten (100, 50, 20 Franken). Dazu ist es allerdings notwendig, die Wettbewerbslösung entweder an VPOD Zentralsekretariat, Wer war's?, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich oder an redaktion@vpod-ssp.ch zu übermitteln. Verlosung ist am 4. Juni. | *slt*

Es war Albrecht Dürer

Eine Karikatur von Albrecht Dürer (1471–1528) gilt manchen als erstes Emoji der Geschichte: In einen Brief an seinen Freund Willibald Pirckheimer zeichnete der Nürnberger Renaissance-maler am 8. September 1506 ein Grinsegesicht mit Glubschaugen. Berühmt ist Dürer aber in erster Linie für präzise Beobachtungs- und realistische Wiedergabe, etwa beim berühmten «Feldhasen» oder den «Betenden Händen». Seine Selfies zeigen ihn als selbstbewussten Künstler einer neuen Epoche – tschüss mittelalterliche Gottesfurcht. Und: hallo Büchergutscheine! Die derart jubilieren können, sind: Maggie Klein (Bern), Rosemarie Stampfli (Zürich) und Kerstin Paul (Uster). | *slt*

Delegiertenversammlung des Verbandes vom 28. März 2026

Die Delegiertenversammlung des VPOD hat im Restaurant Falken in Zürich getagt und hat

- für die Feministische Konferenz des VPOD (30./31. Oktober, Lausanne) einen Verteilschlüssel für die Vertretung der Regionen beschlossen. In Abweichung zu Art. 27 der Statuten entsenden die Regionen 2 Delegierte für die erste Tranche von 150 Mitgliedern oder einen Bruchteil davon sowie 1 zusätzliche Delegierte für jede weitere Tranche von 150 Mitgliedern. Bei Anwendung des ursprünglichen Schlüssels fiel die Feministische Konferenz grösser aus als der VPOD-Kongress; mit dem neuen ist sie logistisch und finanziell durchführbar.
- zwei Änderungen im Anstellungsreglement des VPOD genehmigt. Damit wird der Mindestlohn an die SGB-Forderungen zum Mindestlohn angepasst, und eine Unklarheit bei den Familienzulagen ist beseitigt.
- einen Bericht über den Streik bei Stadtbus Winterthur und einen Bericht über die Mobilisierung und den Streik im Kanton Waadt mit grossem Applaus entgegengenommen.
- im Fall Waadt die vom Landesvorstand vorgeschlagene vollständige Übernahme der ausbezahlten Streikgelder an die streikenden Mitglieder gutgeheissen.
- den Startschuss für die Kampagne gegen die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» gegeben und dabei bekräftigt, dass es sich dabei um einen zugleich xenophoben wie chaosstiftenden Vorschlag handelt.
- die Neuregelung des Verhältnisses zwischen der Region Luftverkehr und dem Verband auf Basis der ausgehandelten Vereinbarung zur Kenntnis genommen. Damit wird Luftverkehr als eigenständiger Verein Kollektivmitglied des VPOD. Die Umsetzung des Vorhabens wird in den folgenden Monaten an die Hand genommen.
- einen Vortrag von Soran Lotfi, früherer Sprecher des Coordinating Council of Iranian Teachers' Trade Association (CCITTA), derzeit in Deutschland im

Exil, über die Lage der Lehrkräfte im Iran gehört. Diese sind durch das gewerkschaftsfeindliche Regime und durch den von Trump losgetretenen Krieg in doppelter Hinsicht bedrängt. Der Schwestergewerkschaft wird mittels Erklärung und mittels einer Spende volle Unterstützung im schweren Zweifrontenkampf zugesichert.

- sich im Hinblick auf den für Juni in Evian am Genfersee geplanten G7-Gipfel scharf gegen jegliche Einschränkung der Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit durch die Genfer Behörden gewandt, verbunden mit einem Aufruf zu breiten und friedlichen Protesten.

*Christian Dandrès, Präsident
Rebekka Wylar, Generalsekretärin*

VPOD-Landesvorstand vom 14. April 2026

Der VPOD-Landesvorstand hat online getagt und hat

- von den Resultaten der Lohnverhandlungen für 2026 Kenntnis genommen.
- eine Revision des Reglements für Mandatsträger:innen der Region Basel gutgeheissen und den Beitritt des VPOD zum Verein «Bündnis Gesundheitspersonal» beschlossen. Dieser wird von den Personalverbänden und Gewerkschaften der Branche gebildet und hat das Führen von Kampagnen zur Umsetzung der Pflege-Initiative zum Zweck.
- für eine gegen die Austeritätspolitik gerichtete Mobilisierung mit befristetem Streik des Genfer Staatspersonals die Streikkasse deblockiert.
- eine Präsentation des Berichts «Tour der Regionen» gehört und ausführlich diskutiert. Das von einer Arbeitsgruppe aus beiden Standorten des Zentralsekretariats (Zürich und Lausanne) erarbeitete Papier nimmt eine allgemeine und eine regionsspezifische Analyse der Mitgliederentwicklung des VPOD vor und leitet aus den Befunden einen Massnahmenkatalog ab. Die Debatte darüber soll in allen Gremien und auf allen Ebenen des Verbandes geführt werden und in eine Beschlussfassung an der Delegiertenversammlung vom 20. Juni (und allenfalls am 26. September) münden.

- die Traktanden für die Delegiertenversammlung des Verbandes vom 20. Juni festgelegt, soweit sie bereits bekannt sind. Neben den Finanzgeschäften und der «Tour der Regionen» soll das überarbeitete Streikreglement zur Debatte stehen.

*Christian Dandrès, Präsident
Rebekka Wylar, Generalsekretärin*

Rote Köpfe

Céline Widmer ist neu in den Zürcher Stadtrat gewählt worden. Ihre Nachfolgerin im Nationalrat –

nachrutschend auf der SP-Liste – wird **Michèle Dünki-Bättig**. Diese ist im VPOD wohlbekannt, nämlich als langjährige Präsidentin



der VPOD-Sektion Zürich Kanton und als Co-Präsidentin der VPOD-Region Zürich. Politisch hat sie den Weg durch Instanzen und Gremien nicht gescheut. Nicht nur auf der kantonalen Ebene (Kantonsrätin seit 2015), sondern auch auf der lokalen: In Glattfelden im Zürcher Unterland wurde sie 2011 Präsidentin der SP, 2014 Mitglied der Rechnungsprüfungskommission und 2018 Gemeinderätin. Und zwar diejenige, die (aus Macho-Sicht frauenuntypisch) für Finanzen, Steuern und Liegenschaften des Gottfried-Keller-Dorfs zuständig ist.

Auch **Balthasar Glättli**, den anderen neuen Zürcher Stadtrat

(Grüne), kennt man im VPOD. Sein Gastspiel als Angestellter des Zentralsekretariats währte indes nur kurz: 2010/11 war er Leiter



Kampagnen und Werbung. Dann wurde er in den Nationalrat gewählt, was nicht nur den Abschied vom VPOD-Job, sondern auch die definitive – abschlusslose – Aufgabe des Philosophiestudiums bedeutete, nach 20 Jahren Immatrikulation. Trotzdem kann man nicht behaupten, dass aus dem jungen Mann nichts geworden sei: Den zusätzlichen Stadtratssitz sicherte Glättli seiner Partei entgegen dem aktuellen Trend, allein kraft seiner Bekanntheit (etwa als Ex-Parteipräsident) und Persönlichkeit. |

slt (Fotos: Alexander Egger und Flickr/CC)

Die Vollbremsung von Busfahrer S. hinterlässt trotz VPOD-Einsatz einen «Tolggen im Reinheft»

Leichtes Verschulden, mittlere Verfehlung

Kurz nur hatte der Buschauffeur auf den Tacho geblickt statt auf die alte Frau am Strassenrand, die unvermittelt auf die Strasse lief. Eine Vollbremsung verhinderte die Kollision – aber nicht das folgende Administrativverfahren.

| Text: Sabine Braunschweig (Foto: Mikael Svensson/iStock)



In Hundertstelsekunden die richtige Entscheidung treffen:
Der heutige Strassenverkehr ist für Busfahrende oft schwer zu «lesen».

Die Entwicklung des Verkehrs in den letzten Jahrzehnten hat den Tramführerinnen und Buschauffeuren die Arbeit noch schwerer gemacht, als sie es traditionell schon war. All die unterschiedlichen Gefährte, die Roller, Trottinets und E-Bikes, und all die Ablenkung der Verkehrsteilnehmenden durch Musik im Ohr oder Auge am Handy machen das Fahren im Nahverkehr zu einer nervenaufreibenden Angelegenheit. Und dann gilt es nicht nur die Strasse, sondern auch das Bus-Innere und das Armaturenbrett im Blick zu behalten.

Kollege S. war seit vielen Jahren Busfahrer. An einem frühen Abend war er mit dem Gelenkbus stadteinwärts unterwegs. Die betagte und langsam schlurfende Frau am Strassenrand nahm er wahr – er ging jedoch aufgrund von Bewegung und Blickrichtung davon aus, dass sie geradeaus weitergehen würde. Fälschlicherweise, wie sich zeigen sollte. Denn kaum hatte er zur Geschwindigkeitsüberprüfung einen Blick auf den Tachometer geworfen, hatte die plötzlich sehr flinke Greisin die Fahrbahn vor ihm bereits zur Hälfte überquert. Nur noch eine Vollbremsung vermochte die Kollision zu

verhindern. Was für ein Glück, dass S. nur 30 statt der erlaubten 50 km/h gefahren war!

Im ersten Verfahren wurde S. vorgeworfen, dass er als Fahrzeuglenker nicht die erforderliche Aufmerksamkeit aufgebracht habe. Er hätte die Fussgängerin in der Nähe des Zebrastreifens nicht aus den Augen lassen dürfen. Das Gericht erachtete das objektive Tatverschulden

allerdings als leicht. Einen Vorsatz sah es nicht. Ausserdem war S. nicht vorbestraft, und auch sein automobilistischer Leumund war ungetrübt. Unter Berücksichtigung der persönlichen finanziellen Verhältnisse, die weder als besonders günstig noch als besonders schlecht erachtet wurden, erhielt er eine Busse von 300 Franken.

Opfer erklärt Desinteresse

Um mehr Klarheit zu gewinnen, verlangte der Vertrauensanwalt die Urteilsbegründung. In Berufung zu gehen, erschien ihm nicht zielführend, zumal Berufungen bei reinen Übertretungen ohnehin eingeschränkt sind. Allerdings stellte sich jetzt heraus, dass bei der Vollbremsung eine Passagierin im Wageninneren zu Schaden gekommen war; ihre Verletzungen mussten ärztlich behandelt werden. Eine zunächst eingereichte Strafanzeige wegen fahrlässiger Körperverletzung zog das Unfallopfer zwar

wieder zurück, erklärte sogar sein Desinteresse, wie das im Jargon heisst. Auf das Administrativverfahren hatte das allerdings keinen Einfluss.

Massnahme nicht verhinderbar

Das Strassenverkehrsamt wurde «automatisch» tätig, weil S. einer Verkehrsregelverletzung für schuldig befunden worden war und eine Busse erhalten hatte. Dem Anwalt blieb nur noch, Schlimmeres zu verhindern – nämlich eine Charakterisierung der Widerhandlung als «schwer». Das hätte einen Entzug des Führerausweises für mindestens drei Monate bedeutet. (Eine schwere Widerhandlung begeht, wer durch grobe Verletzung von Verkehrsregeln eine ernstliche Gefahr für die Sicherheit anderer ist.)

Der Vertrauensanwalt plädierte dafür, auf eine Massnahme wie Führerausweisentzug ganz zu verzichten. Der Strafrichter sei ja nur von einem leichten Verschulden ausgegangen. Allenfalls könne eine Verwarnung ausgesprochen werden, wie sie für leichte Widerhandlungen vorgesehen ist. Doch das Strassenverkehrsamt beharrte auf der Version «mittelschwer». In solchen Fällen – wenn jemand eine Gefahr für andere darstellt oder eine solche in Kauf nimmt – wird der Ausweis für einen Monat entzogen.

So geschah es S. Ein Rekurs wäre möglich gewesen. Doch der Anwalt riet davon ab; die Erfolgchancen schienen ihm zu gering. Für S. bleibt die Gewissheit, rechtlich optimal beraten gewesen zu sein und den «Tolggen im Reinheft» so klein wie möglich gehalten zu haben.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Südafrika: Prekär Beschäftigte organisieren sich digital und vor Ort

Mit Whatsapp zur Würde

Das Casual Workers Advice Office organisiert prekär Beschäftigte – viele von ihnen Migrantinnen und Migranten. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Smartphone: Whatsapp-Gruppen sind ein wichtiges Instrument im Kampf um Lohn, Rechte und Würde. | Text und Foto: Melanie Wirz

Zwischen kämpferischen Plakaten und klingelnden Handys sitzt sie direkt am Eingang: Precious Moyo, Mitarbeiterin und Organizerin beim Casual Workers Advice Office (CWAO), einer langjährigen Partnerorganisation von Solidar Suisse in Südafrika. Die Sonne steht an diesem Mittwochmorgen schon hoch über dem Industriegebiet von Germiston bei Johannesburg. Moyo wird es nicht langweilig an ihrem Arbeitsplatz. Immer wieder geht die Tür, jemand schaut herein. Es sind Menschen in schwierigen Arbeitsverhältnissen, die Rat suchen.

Weit unterm Mindestlohn

In Südafrika mit seinen rund 62 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern arbeitet etwa jede dritte erwerbstätige Person in unsicheren oder informellen Verhältnissen

– ohne Vertrag, ohne Absicherung und ohne Lohn, der zum Leben reicht. Besonders betroffen sind nicht-weiße Zugewanderte. Viele verdienen weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn von 30,23 Rand pro Stunde (etwa 1.45 Franken).

Precious Moyo kam 2008 aus Simbabwe nach Südafrika, jobbte in Restaurants, als Haushaltshilfe und als Reinigungskraft. Misshandlungen durch Arbeitgebende prägten diese Zeit. «Ich arbeitete im Gefrierraum, schwanger, ohne Jacke, mit zerrissenen Stiefeln. Eine Frau erlebte hier eine Fehlgeburt.» Als sich die Arbeiterinnen wehrten, wurden sie entlassen. Diese Erfahrung war für sie der Wendepunkt. Über Kontakte stiess sie als Aktivistin zu CWAO. Heute ist sie Mitarbeiterin und berät andere informell Beschäftigte. «Viele wissen nicht, dass sie Rechte haben. Und noch weniger,

wie sie diese einfordern können.» Aufklärung über Arbeitsrechte, Mindestlohn und kollektive Organisation ist der erste Schritt aus der Ohnmacht.

Ein Teil dieser Arbeit findet online statt: Whatsapp-Gruppen, Facebook-Postings, Direktnachrichten. «Diverse Gruppen mit bis zu 1600 Mitgliedern informieren und mobilisieren die Arbeiterinnen und Arbeiter. Eine davon richtet sich ausschliesslich an migrantische Frauen.» Die Gruppen dienen auch der gegenseitigen Unterstützung: Termine für Workshops, Hinweise zu rechtlichen Möglichkeiten, Solidaritätsaktionen. In einem Land, in dem fast 80 Prozent der Bevölkerung online sind – meist über das Mobiltelefon –, sind Messenger-Dienste zentral. Viele kommen ins CWAO-Büro, weil ihnen jemand eine Nachricht weitergeleitet hat.

Precious Moyo berät bei Johannesburg prekär Beschäftigte und verhilft ihnen zu ihrem Recht.



Schritt zu kollektiver Stärke

Das Büro ist nicht nur Anlaufstelle für rechtliche Fragen, sondern auch ein Ort der Gemeinschaft. Menschen finden hier eine Stimme und ein Gesicht. «Auch Treffen am Arbeitsplatz oder in Parks sind wichtig, werden aber durch zunehmende Polizeikontrollen erschwert», so Precious Moyo. Gleichzeitig bieten digitale Räume schnelle Information, Vernetzung über grosse Distanzen und direkte Ansprache in der Muttersprache. Viele erleben so erstmals kollektive Stärke. Aber es gibt auch Nachteile: Nicht alle haben Zugang zu Smartphones, Telefonnummern wechseln, Daten sind teuer. Auch Desinformation oder Infiltration der Chats durch Arbeitgeber sind reale Gefahren. Digitale Organisation ersetzt daher nicht das persönliche Gespräch: «Wir müssen gemeinsam für unsere Rechte kämpfen», sagt Precious Moyo. «Das nimmt uns niemand ab.»

Cyrielle Huguenot, Gleichstellungs- und Migrationssekretärin SGB, Neyruz (Kanton Freiburg)

Die Kraft der Beharrlichkeit

Breite Erfahrung in unterschiedlichen Frauenrechtsorganisationen prädestiniert die Freiburgerin Cyrielle Huguenot für ihr Amt als Gleichstellungssekretärin beim SGB, wo sich die Themenstränge bündeln. Leise, aber beharrlich bringt sie ihre Anliegen voran. | Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

Cyrielle Huguenot lassen sich pauschale Argumente oder schwarz-weiße Sätze nicht entlocken, auch wenn man sie mit Fragen wie «Frauen oder Flinta?», «Gene oder Umwelt?», «Parlament oder Strasse?» in die Enge zu treiben sucht. Auf alles antwortet sie, ihrem Naturell entsprechend, präzise und vielschichtig, sich und ihre Aufgaben einordnend in den historischen Kontext und die aktuelle Problemlage. Als Mittvierzigerin hält sie auch auf einer anderen Skala eine gute Mitte: Wissen und Erfahrungen haben sich zahlreich angesammelt. Und doch ist noch ausreichend jugendlicher Elan vorhanden, die Welt zum Guten zu verändern. Auch wenn das angesichts eines unwirtlichen globalen Umfelds derzeit nicht einfach dünkt.

Der Wert kollektiven Handelns

Die neue SGB-Gleichstellungssekretärin hat Soziale Arbeit und Sozialpolitik studiert und war viereinhalb Jahre in Frauenrechtsprojekten in Bolivien tätig. Dort ging es vor allem um sexuelle und reproduktive Gesundheit, ein Thema, an das die Kollegin, zurück in der Schweiz, bei Amnesty International wieder anknüpfte: mit der Kampagnenleitung zugunsten eines neuen Sexualstrafrechts. Passt alles. «Neu ist für mich der Fokus auf die Arbeitswelt», räumt die Kollegin ein. «Neu – und zugleich spannend», ergänzt sie. Denn die Gewerkschaften gehören aktuell, wo alles in virtuellen Räumen zu individuellen Blasen zerflodert, zu den ganz wenigen Strukturen, in denen kollektives Handeln möglich bleibt. Das SGB-Sekretariat hat dabei eine Scharnierfunktion inne.



SGB-Gleichstellungssekretärin Cyrielle Huguenot bleibt überzeugt von der Veränderbarkeit der Realität.

Es bündelt, was von der Basis und aus den Verbänden kommt. Es speist die Dinge an geeigneter Stelle der politischen Debatte ein. Und es unterfüttert Argumente mit wissenschaftlicher Evidenz.

Dabei gelingt manchmal ein erstaunlich breiter Schulterschluss über das links-grüne Lager hinaus. Ein aktuelles Beispiel ist die Beseitigung einer Lücke der Arbeitslosenversicherung beim Mutterschutz. Durch sie fielen bis anhin jährlich ungefähr 500 werdende Mütter, nämlich dann, wenn sie während der Schwangerschaft aussteuert wurden. Das Parlament hat beschlossen, das Loch zu stopfen – auf Anstoss des SGB, dem auch konfessionelle und bürgerliche Frauenorganisationen gefolgt sind.

Von *einem* allerdings ist Cyrielle Huguenot überzeugt: Wer lediglich die rein rechtliche Gleichstellung im Auge hat, wird es nicht schaffen, die strukturellen Benachteiligungen der Frauen zu überwinden. «Ist es nicht zermürbend, dass wir noch immer um die Lohnleichheit ringen,

dass Männer- und Frauenlöhne immer noch in den gleichen Problemzonen und -phasen – Stichwort: Mutterschaftsstrafe – auseinanderdriften wie vor 20, 30 Jahren?» Da brauche es eine tatsächliche, nicht nur eine theoretische Gleichstellung. Ob dabei nicht manchmal die Männer unter die Quotenräder kommen? Diesen Einwand lässt die Kollegin nicht gelten. Vielmehr ist sie der Ansicht, dass auch Männer profitieren und, in einer ganzheitlichen Betrachtung gesehen, Nutznießer von Gleichstellungsmassnahmen sind. Indem sie beispielsweise einen ganz anderen Platz in der

Familie einnehmen können als noch vor Kurzem.

Katholische Hugenottin?

Apropos Familie: Die Kollegin hat drei Kinder im einstelligen Alter, die sie (mit zweiwöchentlichen Papi-Unterbrüchen) mehr oder weniger alleinerziehend durch den Alltag manövriert. Zum Glück wohnt man, wenn auch ländlich, so doch bahnhofsnahe (im Freiburgischen), was das Pendeln nach Bern erleichtert. Trotzdem ist Zeit Mangelware. Sie fehlt derzeit etwa für ein Engagement in der Politik. Und sie fehlt für Ahnenforschung: Auch als Migrationssekretärin fände es Cyrielle Huguenot spannend, mehr über die in ihrem Namen kristallisierte hugenottische Abstammung herauszufinden – mutmasslich eine Geschichte von Flucht und/oder Vertreibung. Aber wann und warum bloss sind ihre Vorfahrinnen dann (wieder) katholisch (geworden)? Nun: Den Umgang mit Dialektik muss eine SGB-Sekretärin so oder so beherrschen.



HOTEL RISTORANTE
iGRAPPOLI



Für Ihren Aufenthalt in Hotel oder Bungalow
20% VPOD-Rabatt (jederzeit gültig)



Hotel Ristorante iGrappoli • 6997 Sessa • Tel. 091 608 11 87
info@grappoli.ch • www.grappoli.ch

Frühlingsangebot

gültig bis 30. Juni 2026

Pauschal pro Person in
Doppelzimmer Standard zum Preis von CHF 375.-

Doppelzimmer Superior zum Preis von CHF 420.-

NEW!
Klimaanlage

Der Preis beinhaltet:

- 3 Übernachtungen in Doppelzimmer
- 3 Frühstücksbuffet
- 1 „Gourmetmenu“ (Vier-Gänge-Abendessen)
- 2 Drei-Gänge-Abendessen
- 1 Flasche Merlot (pro Doppelzimmer)
- W-LAN
- freie Parkplätze

Angebot auf Anfrage und nach Verfügbarkeit



AZB
8036 Zürich, Postfach

VPOD Bildungspolitik Nr. 243 ist soeben erschienen



Die neue Ausgabe 243 der
VPOD Bildungspolitik
hat als Schwerpunktthema
«Demokratie braucht
Bildung;
Bildung braucht
Demokratie.»

VPOD Bildungspolitik

Seit über 45 Jahren die kritische gewerkschaftliche Zeitschrift in der
Bildungspolitik.

Alle Mitglieder der Sektion VPOD Zürich Lehrberufe erhalten die
Zeitschrift per Postversand.

Download der aktuellen Ausgabe 243 unter:

<https://VPOD.ch/publikationen/Bildungspolitik/>

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretärin: Rebekka Wyler

Redaktion: Christoph Schlatter |s/t

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 8-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 15500 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

